

DRINGLICHKEITSANTRÄGE

1) Grazer Kinder- und Jugendgesundheitsbericht 2010

GRin. Mag.^a **Ennemoser** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. Mag.^a **Ennemoser**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werte Kollegen und Kolleginnen! Immer wieder wird in den Zeitungen berichtet, dass unsere Kinder zu dick sind, schlecht ernährt und die Jugendlichen sich nicht bewegen können.

Gesundheit ist kein Thema des Alters, sondern Vorsorge, Prävention und Gesundheitsförderung betreffen auch schon die Kleinsten. Ob daheim, in der Krabbelstube, im Kindergarten oder in der Schule, hier werden die Weichen für Gesundheit und Lebensqualität im Alter gestellt.

Kinder und Jugendliche brauchen Vorbilder, um sich zu entwickeln. Dies gilt insbesondere für den Aspekt Gesundheit. Ein Beispiel: Kinder, die schon früh auf nicht richtig ernährt werden, Fast Food essen, Tiefkühlpizza essen, werden es im Erwachsenenalter auch nicht lernen und werden nie lernen, was gesunde Ernährung mit Obst und Gemüse bedeuten kann.

Gleiches gilt für andere Aspekte, die unmittelbar mit der Gesundheit zusammenhängen, wie etwa der Zigaretten- oder der Alkoholkonsum.

Auch in Sachen Bewegung könnten Kinder und Jugendliche deutlich reger sein. Gesundheit ist in vielen Punkten etwas, das Kinder und Jugendliche „erlernen“ können.

Ein Kinder- und Jugendgesundheitsbericht würde zeigen, wo dies nicht passiert, mitunter Defizite erkennbar machen, die viele junge Menschen als Bürde mit ins Alter nehmen.

Positive Entwicklungen müssen weiter verstärkt, negative gebremst und umgekehrt werden.

Um einen umfassenden Überblick über den Gesundheitszustand der Grazer Kinder- und Jugendlichen zu erhalten, wäre es notwendig, einen umfassenden Bericht zu erstellen, um in der Folge zielgenaue gesundheitspolitische sowie präventive und gesundheitsfördernde Maßnahmen setzen zu können.

Aus diesem Grund stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat möge beschließen, Gesundheitsstadtrat Dr. Wolfgang Riedler wird aufgefordert, als Basis für eine zielsichere und erfolgreiche Gesundheitspolitik für unsere Kinder und Jugendlichen jährlich - erstmals für das Jahr 2010 - einen ausführlichen und übersichtlichen Grazer Kinder- und Jugendgesundheitsbericht erstellen zu lassen und dem Gemeinderat in regelmäßigen Abständen - analog zum Gesundheitsbericht für die Steiermark - zur Kenntnis zu bringen (*Applaus ÖVP*).

StR. Mag. Dr. **Riedler** zur Dringlichkeit: Bei guter Laune, weil ich, wenn ich jetzt böse wäre, der Kollegin Ennemoser unterstellen würde, dass sie sich schlicht und einfach eine Arbeit ersparen will als Büroleiterin vom eigentlich zuständigen Stadtrat für Jugendgesundheit Detlev Eisel-Eiselsberg. Denn für den primären Aufgabenbereich der Kinder- und Jugendgesundheit ist auf Grund der Geschäftsverteilung der Kollege Eiselsberg zuständig. Der Witz ist ja, aber ich bin ja erstens nicht böse, daher glaube ich, dass das vielleicht auch nur damit zusammenhängt, dass die Frau Kollegin ihren Aufgabenbereich nicht genau studiert hat und daher gar nicht weiß, was in ihr Arbeitsfeld hineingehört. Die andere Variante wäre nämlich, dass tatsächlich der Gesundheitsstadtrat eine solche Studie in Auftrag gebe, da müsste allerdings eine finanzielle Bedeckung dafür vorhanden sein und das würde bedeuten, dass der Antrag gar nicht zulässig wäre. Also wenn ich Sie jetzt so richtig interpretiere, ist die Arbeit der Schulmedizin und der Jugendmedizin eine Sache des Kollegen Eiselsberg und er hat offenbar bisher diese gute Idee seiner Büroleiterin nicht aufgreifen können oder wollen oder vielleicht hat sie es ihm gar nicht gesagt. Es ist also in einem hohen Maße interessant, wie man versucht, von einem eigenen Versäumnis abzulenken. Trotzdem, wir würden, wenn dieser Antrag beschlossen werden würde, natürlich ihn dem zuständigen Stadtrat übermitteln oder vielleicht auch gerne zustimmen, wenn es zu einer Änderung der Geschäftseinteilung käme und dieser Ressortteil zu mir käme, wo er sehr gut aufgehoben wäre und wir der Kollegin Ennemoser auch eine wesentliche

Arbeitsentlastung verschaffen könnten, natürlich nur unter der Voraussetzung, dass wir auch die notwendigen Finanzmittel dazubekommen. Im Übrigen darf ich noch feststellen, dass in meinem Ressort an einem umfassenden Gesundheitsbericht für die Stadt Graz in Zusammenarbeit mit der sozialmedizinischen Fakultät der Med-Uni gearbeitet wird, die Vorarbeiten bereits in Auftrag gegeben sind, die ersten Ergebnisse da sind und zu gegebenem Zeitpunkt selbstverständlich auch dem Gemeinderat berichtet wird und dann werden wir auch über die Aspekte der Jugend- und Kindergesundheit einen Überblick im Gesamtzusammenhang haben. Sonst würde ich sagen, wenn der Antrag tatsächlich so beschlossen werden sollte, was ich allerdings auf Grund der Mangelhaftigkeit der grundsätzlichen Überlegungen nicht empfehlen möchte, dann werden wir ihn der zuständigen Stelle übermitteln und die Kollegin Ennemoser wird Gelegenheit haben, sich mit dem Inhalt weiter zu beschäftigen (*Applaus SPÖ*).

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Genau richtig zum Thema möchte ich eine Abordnung der Grazer Ursulinen begrüßen, verschiedene Schüler und Schülerinnen besuchen uns heute in der Gemeinderatssitzung, herzlich willkommen, mit Frau Prof. Steyer, ich hoffe, das Thema ist für euch interessant, es geht gerade um Jugendgesundheit (*allgemeiner Applaus*).

GR. **Sippel**: Frau Vizebürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Schüler und Schülerinnen der Ursulinen! Ich möchte ganz kurz zum Antrag sagen, also wir werdender Dringlichkeit und dem Inhalt zustimmen, ich glaube, das ist durchaus notwendig und auch richtig, hier ergänzend zum Gesundheitsbericht des Landes hier einen Jugendgesundheitsbericht der Stadt Graz anfertigen zu lassen. Wenngleich ich auch dem Stadtrat Riedler Recht geben möchte, dass es sich hier eigentlich um ein Kompetenzproblem handelt, wer jetzt für was zuständig ist und er aus dieser Sicht in Wirklichkeit ja gar nicht zugelassen hätte werden dürfen und da bin ich genau bei dem Punkt, den ich jetzt auch ansprechen möchte. Es ist schade, dass gerade nur so wenige auch im Raum sind und zwar möchte ich einer gewissen

Unzufriedenheit auch Ausdruck verleihen, wo es um Entscheidungen geht, die für mich nicht ganz nachvollziehbar sind und wo der Eindruck entsteht, dass es sich hierbei um willkürliche Entscheidungen handelt, nämlich darum, wann und wie dringliche Anträge abgesetzt werden. Begründet wird es meistens damit, weil sie in die Struktur eingreifen, das ist in der Geschäftsordnung natürlich genau geregelt und formuliert, aber auf der gleichen Seite werden wieder die fast identischen Antragstexte abgewiesen und da werde ich aus diesem Vorgehen oft nicht schlau. Auf der einen Seite werden sie zugelassen, auf der anderen Seite abgewiesen, vor allem bei der ÖVP merke ich das, dass da immer wieder Anträge zugelassen werden, die eigentlich nicht auf der Tagesordnung stehen dürften (*Applaus FPÖ*), weil im Prinzip, wenn man sich das ganz genau anschaut, dürfte dieser Antrag ebenfalls nicht zugelassen sein, weil er nämlich, indem ein Bericht erstellt werden sollte, in eine Organisationsstruktur eingreift, na-net-nana, und dasselbe gilt für den Antrag vom Gemeinderat Hohensinner, der hier eine Projektgruppe dann für die Freiwilligen mehr oder weniger beantragen möchte, die die Aufgabe hat, Aufgaben wahrzunehmen, die derzeit von Ämtern wahrgenommen werden. Das heißt, das ist auch ein Eingriff in die Struktur. Wenn ich mir anschau, dass erst letztens ein dringlicher Antrag vom Gemeinderat Korschelt abgesetzt worden ist, wo er eigentlich nur einen Bericht gefordert hat, wo er gefragt hat, welche Aufgaben hat die Freiwillige Feuerwehr, sinngemäß, gegenüber der Berufsfeuerwehr, so ist für mich das nicht einleuchtend und nicht klar genug und deswegen, glaube ich, ist es höchst an der Zeit, und der Karl-Heinz Herper hört mir zu, der Peter telefoniert gerade, aber ich glaube, es ist höchst an der Zeit, hier wieder eine Klubobleutesitzung einzuberufen mit dem Magistratsdirektor und der zuständigen Rechtsabteilung, Verfassungsreferenten etc, um diese Fragen wieder einmal zu klären, weil das ist demotivierend auch als Politiker und natürlich auch für die Mitarbeiter in den Büros, wenn man sich Mühe macht, hier dringliche Anträge aufstellt und dann kriegt man sie zurückgeschmissen und ich glaube, da braucht es jetzt wirklich in Zukunft klare Linien, es sind auch heute wieder Anträge, die nicht zugelassen worden sind beziehungsweise in Teilen nicht zugelassen worden sind und das ist etwas, wo ich ganz ehrlich sage, so kann es nicht weitergehen (*Applaus FPÖ*).

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Die Antwort auf die soeben gestellte Frage, was das Kollege Sippel gemeint hat, ist ganz klar. Bei diesem Antrag oder bei der Bewertung, bei der Beurteilung von Anträgen gibt es eine ganz klare Maschinerie, Schwarz drüben fährt drüber und tut alles, was in Richtung Organisation ist, von den Oppositionsparteien ablehnen, ihre eigenen Anträge gehen natürlich blanko durch. Soweit zur Geschäftsordnung. Zum Antrag selber von der Kollegin Ennemoser, wir sehen seitens des BZÖ natürlich die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen als eine äußerst wichtige Aufgabe in unserem Gemeinwesen, wir denken aber, dass es sehr wenig Sinn macht, Berichte zu erstellen, Beamte wochenlang tätig werden zu lassen, um Bericht auszuarbeiten, zu veröffentlichen, dann politisch zu diskutieren, vielleicht kommen wir sogar zu Ergebnissen, um dann aber keine Budgetwerte, keine Zielorientierung seitens der Stadt Graz zu haben, um entsprechende Aktionen zu setzen. Ich weiß also nicht, warum diese Agenden nicht zumindest verschränkt in Kooperation mit dem Land Steiermark gemacht werden, ich weiß auch nicht, ob welche Daten wirklich, was die Gesundheit anbelangt, die Stadt Graz eigenhändig zugreifen kann, wo sie Kooperationen suchen muss, Gebietskrankenkasse usw. und ob hier auch Kooperationen gesucht und angestrebt werden hin zur Universitätsklinik für Kinder- und Jugendheilkunde, auch zum Kinderschutzhaus, das es im LKH Graz gibt, hier wären wirklich Institutionen, die wirklich Auskunft geben können, möglicherweise auf schnellem Wege zu ganz speziellen Themen, zu ganz speziellen Fragestellungen, die ich leider in diesem Bericht vermissem. Und ich vermisse hier auch durchaus auch als einen punktuellen Beispiel hier auch die Kritik des Stadtrechnungshofes, Herr Dr. Riegler, wenn wirklich hier Berichte in Auftrag gegeben werden sollen vom Gemeinderat, die Kosten verursachen und wo wir nicht wissen, ob es wirklich nachher Budgetwerte gibt, Zielsetzungen gibt nachher, die sich im nächstjährigen Budget oder darüber hinaus wiederfinden, um hier wirklich Akzente zu setzen. Nichtsdestotrotz anerkennen wir, dass hier wirklich das Thema versucht wird in einem ersten Ansatz einmal ganzheitlich aufzugreifen und wir ersuchen aber, dass bei Unterstützung der Mehrheit in diesem Haus wirklich dieser Kooperationscharakter neu aufgegriffen wird und hier sozusagen nicht das Rad neu erfunden wird, sondern wirklich auf Bestehendes bereits zurückgegriffen wird. Ich glaube, das ist ein Mindestmaß, das wir gegenüber dem Steuerzahler einzufordern haben. Danke (*Applaus BZÖ*).

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Ich möchte zum Thema, das da jetzt parallel angespielt wurde, nämlich die Frage, ob dringliche Anträge zugelassen werden oder nicht, schon einen Hinweis geben. Welche dringlichen Anträge zugelassen werden, entscheidet die Magistratsdirektion unabhängig, und das in Frage zu stellen, da begeben Sie sich auf gefährliches Parkett. Das ist keine Entscheidung, die weder Grün noch Schwarz treffen oder irgendeine Partei trifft, sondern das ist eine Abstimmung, die rechtlich gecheckt wird in der Magistratsdirektion und da würde ich mit einer Unterstellung, dass das parteipolitisch motiviert ist, vorsichtig sein, das wollte ich nur ganz klarstellen.

GR. **Grosz** zur Geschäftsordnung: Meine Damen und Herren, Frau Vizebürgermeisterin! Wir machen Ihnen überhaupt keinen Vorwurf, Sie führen nur jetzt zu der Stunde den Vorsitz, aber diskutieren wir das gerne. Wir haben heute exemplarisch zwei Anträge zur dringlichen Behandlung, einen der Österreichischen Volkspartei, wo der Gemeinderat aufgefordert wird, einen jährlichen Gesundheitsbericht zu erstellen, in einem anderen Antrag des Kollegen Hohensinner, der im Übrigen auch unterstützt wird, wird der Magistrat aufgefordert betreffend des Jahres der Freiwilligen, des Europäischen Jahres der Freiwilligen Initiativen zu prüfen, einzuleiten, kriegt auch unsere Unterstützung und dann gibt es einen Antrag der Gemeinderäte Schröck, Mariacher, Grosz beispielsweise und es gibt ja mehrere, wo dann hinten steht, die zuständigen Stellen des Magistrates werden beauftragt oder ersucht, ein Machbarkeitsstudie in Auftrag zu geben und dieser Passus, die zuständigen Stellen des Magistrates werden beauftragt, eine Machbarkeitsstudie in Auftrag zu geben und der drei Szenarien inhaltlich wird dann zum Anlass genommen, diesen dringlichen Antrag nicht zuzulassen in diesen Punkten, mit den Worten, es wird in die magistratsinterne Ordnung eingegriffen. Ich weiß jetzt nicht, was die magistratsinterne Ordnung ist, den Kugelschreiber von der einen Seite auf die anderen Seite vom Schreibtisch zu rollen oder sich Körperverletzungen beim Büroschlaf zuzufügen, ich weiß es nicht. Einmal provokant festgestellt...

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Herr Gemeinderat Grosz, Sie ufern aus, es ist geringschätzig formuliert und das unterstellt eine Verhaltensweise, die nicht vorliegt.

GR. **Grosz**: Ja, Frau Vizebürgermeister, gibt es jetzt eine Erklärung zur Lage der Nation?

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Herr Gemeinderat, Sie haben sich zur Geschäftsordnung gemeldet und bleiben Sie dabei.

GR. **Grosz**: Ich bleibe eh dabei, dann unterbrechen Sie mich nicht, auch nicht als Vorsitzende. Es geht darum, dass hier mit zweierlei Maß gemessen wird und damit muss Schluss sein, Frau Vizebürgermeisterin, da ersuche ich Sie auch, die Sie in der Vergangenheit immer von den demokratischen Rechten des Gemeinderates gesprochen habe, dafür Sorge zu tragen bei der Magistratsdirektion und beim Bürgermeister, dass solche Ungerechtigkeiten nicht zustande kommen (*Applaus FPÖ und BZÖ*)

GRin. Mag.^a **Ennemoser**: Also am Dienstag wurde im Landtag beschlossen auch ein Kinder- und Jugendgesundheitsbericht. Die Frau Vollath hat gesagt, er wurde einstimmig beschlossen, Frau Vollath hat gesagt, er wird noch vor dem Sommer fertiggestellt werden. Ich habe mich dann gefragt, wie sie das machen will, ob sie da jetzt Graz auslässt, weil nach mehrmaligen Anfragen haben Sie mir, Herr Stadtrat Riedler, immer ausgerichtet, dass Sie keine Daten weitergeben. Jetzt weiß ich nicht, wie man einen Gesundheitsbericht erstellen kann, wenn man keine Impfdaten, und das ist sehr wohl was, keine anderen Daten weitergibt ans Land Steiermark und

darum denke ich, ist es doch sehr wichtig, dass Sie sich zuständig fühlen und nicht wieder den Unzuständigkeitsstadtrat mimen. Danke.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

GR. **Baumann** zum Antrag: Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Schülerinnen und Schüler! Vorher wurde die Diskussion über die Dringlichkeit sehr intensiv über das Thema geführt und über die Geschäftsordnung geführt. Ich möchte den Herrn Stadtrat auffordern, dieses Angebot, das die Gemeinderätin Ennemoser da in den Raum geworfen hat, mit dem Gesundheitsbericht aufzugreifen und dich, Verena, auffordern, das was Stadtrat Riedler dir angeboten hat, nämlich gemeinsam etwas zu machen, macht doch gemeinsam diesen wichtigen Beitrag eines Gesundheitsberichtes für Kinder und Jugendliche.

Zwischenruf GRin. Mag.^a Ennemoser: Gerne.

GR. **Baumann**: Wir können da die Gesundheitssituation mit rein nehmen, die soziale Situation, auch die Ursachen von Krankheit für Kinder und Jugendliche, das sind spannende Aspekte, die in der Vorbereitung politisch sicher gestaltet werden können, dann aber von Menschen, die mit Gesundheit und Gesundheitsförderung zu tun haben, auch sehr gut belegt werden können. Also mein Vorschlag ist, macht es gemeinsam, wir werden dem Antrag sozusagen als Geburtshelfer und -helferin beistehen und dem Antrag zustimmen (*Applaus Grüne*).

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Geschätzte Damen und Herren! Nicht nur als Zuständiger für das Amt für Jugend und Familie, sondern insbesondere auch Sportreferent. Wir müssen offensichtlich zur Kenntnis nehmen, dass der Gesundheitsstadtrat nicht für Gesundheit in dieser Stadt zuständig ist, anders wie beim Land Steiermark, wo sowohl die Landesrätin für Gesundheit sich zuständig fühlt für ein derartiges Berichtswesen. Macht ja nichts, sind wir ja schon gewöhnt, dass wir öfter eigentlich ablehnende Haltungen von ihm gehört haben. Es findet sich in der Geschäftseinteilung ganz sicher nicht beim Jugendamt irgendein Hinweis beim Berichtswesen, das das Jugendamt in dieser Hinsicht zu machen hätte. Sehr wohl einen sich Hinweise darauf, dass wir Vorsorgeberatungen machen, Informationsberatungstätigkeit machen, dass wir diverse Untersuchungen machen, dass wir darauf aufbauend auch verschiedene Initiativen vom schulärztlichen Dienst, wie das Haltungsturnen, machen. Dass ich als Sportreferent in allen Kindergärten, in städtischen Einrichtungen zumindest ein Wirbelix-Programm mache, das ich als Sportreferent, dass wir 24 Bezirkssportplätze haben, dass wir für über 6000 Kinder in 32 Sportarten Sportmöglichkeiten anbieten, dass wir Vereine fördern, dass wir Infrastruktur schaffen, das sind alles Dinge, die ich selbstverständlich mache, auch unter dem Gesichtspunkt, unter dem Aspekt der Gesundheit, weil ich habe es schon einmal gesagt in diesem Haus oder vielleicht auch schon öfter, es gibt für fast jedes Wehwehchen, für jede Krankheit irgendein Medikament und ich bin zutiefst davon überzeugt, dass das einzige Medikament, das gegen fast alles hilft, Bewegung ist, Bewegung und Sport, das ist nur der gesundheitliche Aspekt. Sie alle wissen, dass der Sport auch noch viele andere Aspekte, vor allem in sozialer Hinsicht, abdeckt. Ich werde mich nicht verschließen, wenn der Gesundheitsreferent, soferne er sich irgendwann einmal zuständig fühlt für den Gesundheitsbereich der Stadt Graz, auch Daten von uns gerne haben möchte und wir werden es ihm selbstverständlich zur Verfügung stellen. Ich werde auch der Letzte sein, der nicht auch sonst konstruktiv zu so einem Beitrag seinen Beitrag leistet zu einem guten Bericht, der die Kinder- und Jugendgesundheit in der Stadt Graz widerspiegelt. Aber es ist manchmal wirklich mühsam, wenn ein Gesundheitsstadtrat für Gesundheit nicht mehr zuständig ist und damit nichts zu tun hat und das ist eigentlich etwas, das ich nicht nachvollziehen kann. Tut mir leid, Wolfgang Riedler (*Applaus ÖVP*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 16.10 Uhr den Vorsitz.

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Weil es da offenbar extreme Wissenslücken gibt, es reicht ein einfacher Beschluss des Gemeinderates und ich bin zuständig und ich erkläre mich auch gerne bereit, diese Zuständigkeit von dir zu übernehmen, wenn du dich überfordert fühlst. Ich werde dir jetzt einmal kurz vorlesen, wofür du zuständig bist. Du bist im Amt für Jugend und Familie zuständig für Gesundheitsvorsorge und den ärztlichen Dienst, Elternberatungen, schulärztlicher Dienst, ärztliche Betreuung und Gesundheitsberatung in städtischen Kinderbetreuungseinrichtungen, Kinder- und Jugendwohlfahrtsgemeinschaften. Nein, ich muss es dir sagen, weil du weißt es ja offenbar nicht. Tuberkulose Vor- und Nachuntersuchungen mit Umgebungsuntersuchungen, Untersuchungen nach dem Seuchen- und Epidemiegesetz. Ärztliche Gutachten und Stellungnahmen für Schulbehörden, städtische Kinderbetreuungseinrichtungen und Kinder- und Jugendwohngemeinschaften. Ärztliche Begutachtung und Beratung von Adoptiv- und Pflegeeltern, Krisenintervention und Stellungnahmen bei Kindeswohlgefährdung, Durchführung von Seh- und Hörtests in Schulen und städtischen Kindergärten, orthopädische Beratungsstelle einschließlich Haltungsturnen und Haltungsschwimmen, Beratung und Behandlung von sprach- und entwicklungsverzögerten Kindern, Bereitschaftsdienste, Teilnahme an Kommissionierungen, Hospitation von MedizinstudentInnen usw. So und jetzt gibt es zwei Möglichkeiten für dringliche Anträge, entweder im eigenen Wirkungsbereich kann diese Aufgabe erfüllt werden, dann sind sie zulässig oder es müssen Studien in Auftrag gegeben werden, dann sind sie nicht zulässig, weil sie einen Finanzbezug haben. Nachdem ich eine entsprechende Finanzposition von meinem Finanzstadtrat nicht zuerkannt bekommen habe, gibt es auch keine Finanzposition, die zur Verfügung steht und daher kann der dringliche Antrag sich nur auf deine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im jugend- und schulärztlichen Dienst beziehen. Auch die Studientätigkeit, weil ein Berichtswesen kommt in meiner Zuteilung nicht vor. Jetzt erkläre ich dir das, obwohl du Beamter bist und das besser wissen solltest, vielleicht solltest du wirklich Nachschulungen auch mit deiner Büroleiterin machen, damit das allgemeiner Wissensstand wird und falls du es mir jetzt noch immer nicht

glauben willst, würde ich vorschlagen, dass die Vertreterin des Präsidialamtes noch einmal genau erklärt, warum es so ist, wie ich es gesagt habe. Deine flapsigen Bemerkungen, mit denen du versuchst, deine Verantwortung zu wem anderen rüberzuschieben, weise ich schlicht und einfach zurück. Von mir wird es einen umfassenden Gesundheitsbericht geben, dafür brauche ich aber keinen Hinweis von der ÖVP-Fraktion (*Applaus SPÖ*).

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

2) 2011 – europäisches Jahr der Freiwilligkeit

GR. **Hohensinner** stellt namens der ÖVP, der SPÖ, der Grünen und des BZÖ folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Hohensinner:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werter Gemeinderat, liebe Gäste auf der Galerie! Es sind heute sehr viele junge Gäste auf der Galerie, ich bin mir sicher, dass einige von euch auch ehrenamtlich in sozialen Organisationen tätig sind, und um genau dieses Thema geht es heute, und zwar das Jahr 2011 wurde von der Europäischen Union zum Jahr der Freiwilligkeit erklärt.

In der Europäischen Union sind Millionen von Bürgerinnen und Bürgern ehrenamtlich tätig. Menschen aller Altersschichten leisten einen positiven Beitrag für die Gemeinschaft, indem sie einen Teil ihrer Freizeit in Organisationen der Zivilgesellschaft investieren.

Die Europäische Kommission sieht die Freiwilligentätigkeit als gelebte Bürgerbeteiligung, die gemeinsame europäische Werte wie Solidarität und sozialen Zusammenhalt stärkt.

Freiwilliges Engagement bietet auch die Chance, etwas hinzuzulernen, denn im Rahmen der ausgeübten Tätigkeiten können neue Fähigkeiten und Kompetenzen

erworben und damit sogar die Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt verbessert werden. Dies ist angesichts der wirtschaftlichen Lage natürlich sehr wichtig.

Für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung Europas bietet die Freiwilligentätigkeit viele aber noch in weiten Teilen ungenutzte Möglichkeiten. Durch das Europäische Jahr der Freiwilligkeit erhalten die Mitgliedstaaten, und das ist jetzt ganz wichtig, lokalen und regionalen Behörden sowie die Zivilgesellschaft Unterstützung bei der Umsetzung folgender Ziele:

- Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für Freiwilligentätigkeiten in der EU.
- Stärkung der Freiwilligenorganisationen und Verbesserung der Qualität von Freiwilligentätigkeiten
- Honorierung und Anerkennung von Freiwilligentätigkeiten und Sensibilisierung für den Wert und die Bedeutung von Freiwilligentätigkeiten.

Das liest sich ein bisschen schwer, aber das ist die Vorgabe der Europäischen Union. Ich möchte noch einmal an die jungen Leute oben auf der Galerie Bezug nehmen. Wer macht was freiwillig? Derjenige macht was freiwillig, wenn auch er einen Mehrwert hat. Und speziell eben, wie auch von der Europäischen Union beschrieben, haben junge Leute einen Mehrwert dadurch, dass sie was Neues kennenlernen, gerade im Sozialbereich, soziale Kompetenzen aneignen und das gehört genutzt.

Ob in der freiwilligen Feuerwehr, beim Roten Kreuz, bei der Volkshilfe, in der Lebenshilfe, in der Nachbarschaftshilfe oder bei einem Besuchsdienst - es gibt in Graz sehr viele gemeinnützige Organisationen, in welchen extrem engagierte Freiwillige Teile ihrer Freizeit spenden, um Menschen zu unterstützen.

Dieser Einsatz ist für unsere Stadt eine nicht bezahlbare Wertschöpfung, die durch verbesserte Rahmenbedingungen für Freiwillige beziehungsweise durch eine klare Haltung zum Ehrenamt der Stadt Graz gewürdigt gehört. Das ist eine Aufgabe von uns Politikern und Politikerinnen.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g ,

und der Antrag wurde von folgenden Fraktionen unterstützt: von den Grünen, der SPÖ und dem BZÖ.

Der Grazer Gemeinderat erklärt in Anlehnung an die Europäische Union das Jahr 2011 zum „Jahr der Freiwilligkeit“.

Die Grazer Stadtregierung, unter Leitung von Herrn Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl beziehungsweise die zuständigen Magistratsabteilungen werden ersucht, gemeinsam mit ExpertInnen von Freiwilligenorganisationen und VertreterInnen aller Fraktionen eine Projektgruppe einzuberufen, um Maßnahmen zur Unterstützung und Förderung von Freiwilligen zu erarbeiten. Für die Umsetzung des daraus entstehenden „Aktionsplanes 2011“ sollen vor allem die finanziellen Mittel der Europäischen Union angezapft werden, und das sind immerhin 20 Millionen Euro. Danke (*Applaus ÖVP*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR. **Hohensinner**: Ich möchte mich jetzt schon bedanken für die breite Zustimmung und ganz kurz noch einen Missstand aufzeigen, den es gibt und zwar, es bringen sich sehr, sehr viele Leute, Menschen, vor allem junge Menschen ehrenamtlich ein und es gibt noch immer keinen Versicherungsschutz. Das Bundesland Tirol oder Bayern zum Beispiel in Deutschland, unser Nachbar, die versichern die Ehrenamtlichen, die in gemeinnützigen Organisationen tätig sind, mit einer Haft- und Unfallversicherung und ich glaube, das ist einmal der Mindeststandard, den man einführen muss, und genau im kommenden Jahr werden wir dafür Zeit haben, diese Sachen zu forcieren. Es gibt schon eine Vorlage im Landtag, das muss nur noch beschlossen werden und ich hoffe, dass die Grünen auch im Landtag ihre Zustimmung geben. Ich freue mich, dass dieser Antrag diese breite Zustimmung bekommt und freue mich, in dieser Arbeitsgruppe viele positive Aspekte mit euch gemeinsam zu erarbeiten. Danke (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Meißlitzer** zur Geschäftsordnung: Kurt, ich bedanke mich natürlich für deinen Antrag, möchte nur richtigstellen, dass die Volkshilfe bereits diesen Versicherungsschutz für ihre ehrenamtlichen Mitarbeiter hat.

GR. **Hohensinner**: Danke für diese Wortspende, das ist auch gut so, Frau Kollegin, die Lebenshilfe versichert auch die Freiwilligen von der Lebenshilfe aus, aber es geht darum, dass das Land Steiermark diesen Versicherungsschutz den Ehrenamtlichen bereitstellt, das wären fünf Euro pro Freiwilligem und ich glaube, das müsste dem Land Steiermark auch die freiwillige Tätigkeit wert sein. Um das geht es, da spreche ich nicht gegen Ihre Sache, die Volkshilfe leistet wirklich hervorragende Arbeit mit ihren Ehrenamtlichen, aber da geht es wirklich um den konkreten Versicherungsschutz vom Land Steiermark aus (*Applaus ÖVP*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Um tatsächlich etwas zur Geschäftsordnung beizutragen, möchte ich sagen, dass der Herr Klubobmann Karl-Heinz Herper selbstverständlich Recht hat, wir haben in unserer neuen Geschäftsordnung beschlossen, dass, falls bei einem dringlichen Antrag so viele Fraktionen mit rauf gehen, wie das bei diesem Stück der Fall war, dann brauchen wir nicht mehr abstimmen, das war eine Fleißaufgabe von mir und dadurch auch von uns allen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüscher übernimmt um 16.20 Uhr den Vorsitz.

3) Umsetzung Quartiersmanagement und Einführung einer mobilen Siedlungsbetreuung

GRin. Mag.^a Dr. **Sprachmann** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. Mag.^a Dr. **Sprachmann**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kollegen und Kolleginnen! Allen hier ist es bewusst, dass es in Graz in vielen Siedlungen, unter anderem auch im Bezirk Lend, gibt, die verschiedenste Probleme und Konflikte im Bereich des Zusammenlebens haben.

Es ist dies ein vollständig normaler Prozess, wenn in Siedlungen auf engem Raum Jung und Alt, Alteingesessene und Zugezogene, Großfamilien und Singles zusammenkommen und leben. Es handelt sich hier einfach um Menschen mit unterschiedlichen Bedürfnissen, welche oft nicht wirklich artikuliert worden sind.

Wien ist sich dieser Problematik schon über ein Jahrzehnt bewusst und hat unter dem Titel „sanfte Stadterneuerung“ die Gebietsbetreuung geschaffen. Ziel dieser Gebietsbetreuung war und ist es, einerseits eine qualitative Aufwertung von innerstädtischen strukturschwachen Bereichen zu erzielen. Verbunden mit Sanierung von Wohnungen, Verbesserung der Freifächensituation, Sicherung der Nahversorgung und Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Andererseits erfolgt im Rahmen der Wiener Gebietsbetreuung Gemeinwesenarbeit im Sinne der Verbesserung des Zusammenlebens. So wurden zum Beispiel zentrale Drehscheiben in den Bezirken eingerichtet. Sie sind eine Anlaufstelle für alle BürgerInnen des Bezirkes mit einem umfassenden Service- und Beratungsangebot. Gemeinsam mit den BewohnerInnen werden vielfältige Aktivitäten gesetzt. In den Siedlungen wurden so Eigeninitiativen unterstützt und sogenannte „Grätzkelkulturen“ geschaffen, sodass ein besseres Miteinander möglich ist. Aber auch Konfliktmanagement ist eine zentrale Aufgabe, von der Prävention von Konflikten bis hin zur Vermittlung bei bestehenden Konflikten.

Darüber hinaus wurde eine Gruppe eingerichtet, die als „mobile Gebietsbetreuung“ für jene Siedlungen zur Verfügung steht, wo Probleme auftauchen.

Ganz im Gegenteil zu Wien stellt sich allerdings die Situation in Graz dar. Von einer derart ausgebauten Gebiets- oder Quartiersbetreuung sind wir leider nach wie vor sehr weit entfernt.

Die Stadt Graz ist sich der betreffenden Problematik jedoch insofern bewusst, dass nach Installierung einer Arbeitsgruppe, in welcher die Stadtbaudirektion, das Sozialamt, das Amt für Jugend und Familie, das Wohnungsamt, das Integrationsreferat, das Stadtvermessungsamt, das Stadtplanungsamt und die Abteilung für Grünraum und Gewässer vertreten waren, bei der Stadtbaudirektion unter dem Titel „Integrative Stadt(teil)entwicklung – Quartiermanagement“ eine Koordinationsstelle geschaffen hat. Vorschlag der Arbeitsgruppe ist, Quartiermanagements in Form von Stadtteilarbeit zur Verbesserung des Gemeinwesens und des Lebensumfeldes in einem Pilotprojekt für das sogenannte Annenviertel - also für das Gebiet, das von der Keplerstraße, Volksgartenstraße, Elisabethnergasse, Josef-Huber-Gasse und dem Eggenberger Gürtel begrenzt wird - zu starten. Allerdings ist leider nach wie vor offen, wie viel Geld dafür in Summe zur Verfügung stehen wird.

Allerdings brauchen wir in Graz noch zusätzlich in den Grazer Siedlungen, die außerhalb dieses Gebietes, das ich gerade angesprochen habe, liegen, dringend eine mobile Gebietsbetreuung, welche durch Beratung und Mediation Konflikte abbaut und das Miteinander einfach fördert. Bestehende kleinere Initiativen - wie zum Beispiel das Siedlungsprojekt in der Denggenhofsiedlung, das Konfliktmediationsprojekte auf ehrenamtlicher Basis im Bereich des Integrationsreferates, der Budgetansatz dafür im Bereich des Wohnungsamtes für diesbezügliche Aktivitäten in Siedlungen mit Gemeindewohnungen beziehungsweise Übertragungswohnbauten - reichen für den bestehenden Bedarf eindeutig nicht aus und dürfen aber in ihrer Existenz auch nicht gefährdet werden. Neben der Durchführung des Pilotprojektes Annenviertel ist es daher notwendig, eine umfassende mobile Gebietsbetreuung zu installieren, um bestehende Konfliktherde in Siedlungsbereichen abzubauen beziehungsweise - noch besser - vorzubeugen.

Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

dringlichen Antrag,

das Seitens der Stadt Graz

1. allfällige offene Fragen - wie zum Beispiel die Sicherstellung ausreichender finanzieller Mittel bezüglich des Pilotprojektes Annenviertel - ehestmöglich geklärt werden, damit dieses Modellprojekt möglichst rasch in vollem Umfang seine Arbeit aufnehmen kann
2. ein Konzept erarbeitet wird mit dem Ziel, eine mobile Gebietsbetreuung auch außerhalb des Pilotgebietes Annenviertel zu schaffen, um so Konfliktbereinigung und Mediation insbesondere in Siedlungen mit Problemen umsetzen zu können.

Für beide Punkte des Antrages wird die Vorlage eines Informationsberichtes an den Gemeinderat für Juni 2010 beantragt (*Applaus SPÖ*).

StRin. **Kahr** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Karin! Danke für diesen dringlichen Antrag. Im Motivenbericht, all das, was du hier angeführt hast, das kann ich nur unterstreichen. Wir werden deshalb natürlich der Dringlichkeit und auch dem Antrag unsere Zustimmung geben in beiden Punkten und ich möchte nur noch anführen, dass wir in der letzten Periode das immer wieder zum Thema gemacht haben, dass so etwas wichtig ist und haben das auch zum Anlass genommen, in der ersten Stadtregierungssitzung und auch in unserem Übereinkommen mit ÖVP und Grünen in das Koalitionsübereinkommen zum Kapitel Wohnen zum Thema zu machen. Es hat, wie du im Antrag angeführt hast, danach auf Initiative der Koalition sehr, sehr viele Treffen gegeben, das hat damals die Stadträtin Fluch initiiert, es ist sehr, sehr viel darüber gesprochen, diskutiert worden, es hat auch Punkte gegeben, wo man gesagt hat, jedes Ressort soll eine gewisse Summe reservieren, weil das auch als Querschnittsmaterie zu sehen ist. Übergeblieben ist aus unserer Sicht vom städtischen Wohnungsamt jetzt dieses Projekt in der Annenstraße, das auch seine Berechtigung hat und auch gut ist, aber,

wie du richtig angeführt hast, es ist zuwenig. Deshalb haben wir uns vom städtischen Wohnungsamt bemüht, zwei Initiativen zu unterstützen: eine ist von uns selbst ausgegangen, was wir in Kooperation mit dem Verein Gesunder Bezirk Gries, gemeinsam mit dem Verein Illusion machen, das seit Jänner läuft, die Eröffnung ist am 29. Mai, das ist in der Triestersiedlung, wo ich jetzt schon euch alle herzlich einlade; das Traurige dabei ist, und das muss man sagen, die beiden, die Frau und der Herr, die dort arbeiten, machen das zum Nulltarif, also so viel zum Kapitel Ehrenamtlichkeit, was der Gemeinderat Kurt Hohensinner gesagt hat und ähnlich ist es auch bei dem Stadtteilprojekt Stages vom SMZ Liebenau, wo wir die Räumlichkeiten auch zur Verfügung gestellt haben, aber das muss auch, weil die leisten alle bisher eine gute Arbeit und das kann wirklich was für diese Stadtteile auch werden, nur muss es auch mit entsprechenden Mitteln ausgestattet werden, vor allem die Arbeit dieser Leute. Da geht es nicht um Superlöhne und Gehälter, sondern wenigstens um eine geringe Abgeltung der Arbeit, die dort geleistet wird und das würde ich mir für mehrere Stadtteile wünschen, vor allem ich als Wohnungsstadträtin, natürlich für unsere Siedlungen, wo unsere Gemeindemieter und -mieterinnen leben und ich werde vom Wohnungsamt zumindest mich bemühen, dieses Stadtteilzentrum in der Triestersiedlung im Rahmen meiner Möglichkeiten zu unterstützen (*Applaus KPÖ*).

GR. **Baumann** (*Begibt sich nicht zum Rednerpult*): Wir stimmen der Dringlichkeit zu.

GRin. **Benedik**: Werte Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrter Herr Vorsitzender! Der vorliegende Antrag spricht zwar die Probleme an, aber darin gibt es keine wirkliche Lösung. Ich selbst bin seit etwa neun Monaten in Eggenberg als Bezirksobfrau mit Integrationsproblemen integriert und da wäre mir eine mobile Gebietsbetreuung beziehungsweise Siedlungsbetreuung einfach zu schwach. Es müssten bei gravierenden oder massiven Missachtungen der Hausordnung oder zum Beispiel bei persönlichen Übergriffen, die sogar in Polizeieinsätzen in dieser Siedlung wirkt, müssten da echte Sanktionen her, das heißt, dass man zwischendurch auch

einmal an eine Delogierung denkt, die beispielgebend ist eben für diese jene Unruhestifter. Wir erkennen aus diesem Antrag keine nachhaltige Lösung, sondern sehen diese eher als Beruhigungspille. Und dann möchte ich dazu in Richtung SPÖ noch sagen, an diesem Status quo ist die SPÖ ja nicht ganz unschuldig, dieses Problem existiert ja nicht seit gestern, sondern das existiert schon seit 10/15 Jahren und die SPÖ hätte schon früher, viel, viel früher entgegenwirken können. Dieser Antrag erscheint uns eher so, als reden wir drüber und tun wir nichts. Deswegen werden wir der Dringlichkeit und dem Antrag auch keine Zustimmung erteilen (*Applaus FPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

Bürgermeisterstellvertretern Rücker übernimmt um 16.40 Uhr den Vorsitz.

GR. **Baumann** zum Antrag: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Schön, dass wir einmal ein wenig Zeit haben, wieder einmal über Gemeinwesenarbeit kurz zu diskutieren, die Redezeit lässt es ja nicht zu, einen ganzen Überblick zu geben über Gemeinwesenarbeitsprojekte, die es in Graz jetzt schon gibt. Seitdem wir in der Regierung sind, haben wir eine Koordinationsstelle für integrative Stadtteilentwicklung im Magistrat geschaffen mit der Kollegin Simone Reis, die im Übrigen eine ausgezeichnete Arbeit macht und sehr gut in der Vernetzung mit all den Sozialeinrichtungen und den Playern rund um das Annenviertel beschäftigt ist, haben wir auch eine sehr gute Kollegin gefunden, die diese Aufgabe erfüllt. Weitere Gemeinwesenarbeitsprojekte, die derzeit in Graz laufen oder geplant sind, wie schon von der Stadträtin Elke Kahr erwähnt, den Verein Illusion, als Koordinationsbüro für sozialkulturelle Projekte und Initiativen in der Triestersiedlung, das Stages vom SMZ Liebenau, dann vom Friedensbüro ausgehend das Büro Hasif, Handlungsorientierte Sicherheitsforschung im Wohn- und Lebensraum (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), die Projekte des Vereines Lama, das Projekt vom Verein Rotor im

Annensviertel, die Kunst des urbanen Handelns, das bereits von dir erwähnte Projekt des Siedlungsprojektes in der Denggenhofsiedlung, die KonfliktschlichterInnen des Integrationsreferates und nicht zu vergessen die von der Sozialstadträtin geplante Ausweitung im Sozialbereich um vier Sozialarbeiterinnen im öffentlichen Raum. Wir müssen schauen, dass wir im nächsten Budget oder in den nächsten Budgets die Sicherstellung und den Ausbau dieser Gemeinwesenarbeit in Graz und die neue Konzeption von neuen Konzepten ermöglichen. Eine Liste von weiteren interessanten Gebieten und Siedlungen kann ich den zuständigen Stellen, gerne auch dir, gerne zur Verfügung stellen. Wir ersuchen aber, da ein Teil ja schon erledigt ist, um getrennte Abstimmung der beiden Punkte und werden dem Punkt 1 nicht zustimmen, dem Punkt 2, wo es um die Konzeptionierung und die Ausweitung der Gemeinwesenarbeit in Graz geht, sehr wohl zustimmen. Danke (*Applaus Grüne*).

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Erlauben Sie mir eine Feststellung, die Arbeitsteilung, die da herinnen normalerweise gilt, dass einer redet oder eine redet und die anderen zuhören, funktioniert derzeit nicht gut. Es reden eigentlich alle. Also ich ersuche darum, wieder auf die bewährte Arbeitsteilung zu gehen, damit wir wissen, von was geredet wird.

Zwischenruf GR. Grosz: Es liegt dann an der Vorsitzenden.

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Ja, das ist ein alter Schmäh.

GR. Dipl.-Ing. **Topf**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Gemeinderätin...

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Ich muss den Herrn Gemeinderat Topf jetzt doch noch einmal unterbrechen, weil ich noch als Zweites sagen wollte, zuerst bei der Abstimmung zur Dringlichkeit war die FPÖ nicht schnell genug, um ihre Gegenstimme... eure Gegenstimmen wurden nicht wahrgenommen, ich möchte nachtragen, dass bei der Dringlichkeit die FPÖ dagegen gestimmt hat.

GR. Dipl.-Ing. **Topf**: Frau Vizebürgermeisterin, ich wollte nur ganz kurz noch einmal hier inhaltlich ein paar Dinge klarstellen. Es ist schon angesprochen worden, dass es selbstverständlich diese Siedlungsarbeit schon in mehrfacher Art und Weise gibt. Es ist das Projekt Denggenhof angesprochen worden, das seit einigen Jahren sehr gut funktioniert, jetzt auch neuerdings auch das Projekt, das die Frau Stadträtin Kahr angesprochen hat in der Triestersiedlung. Ich bin aber der Meinung, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass es sehr wohl notwendig ist, und ich glaube, darauf sollten wir in Zukunft insbesondere in Augenmerk legen, dass es hier tatsächlich zu Einrichtungen vor Ort kommt. Also es ist ganz besonders wichtig, dass wir hier nicht, glaube ich, jedenfalls nach meiner Einschätzung, zu mobilen Einrichtungen kommen, sondern es müssten tatsächlich in den Siedlungsstrukturen, ich spreche jetzt bewusst auf die Triestersiedlung an, wo ich ja zu Hause bin, dass es hier ortsfeste Einrichtungen geben sollte, die hier tagtäglich sozusagen vor Ort ihre Arbeit tun und das wäre entsprechend zu unterstützen. Ich bin persönlich nicht der Meinung, dass mobile, fliegende Einrichtungen hier zu Verbesserungen der Situation beitragen würden. Also die stationären Einrichtungen sind insbesondere notwendig, möglicherweise ergänzt durch mobile, aber ich glaube, in besonderen Strukturen macht es besonders Sinn, stationäre Einrichtungen weiterhin einzurichten und zu pflegen (*Applaus ÖVP*).

StRin. **Edlinger**: Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich verstehe nicht ganz, warum ihr dem ersten Punkt nicht zustimmen könnt, weil wenn ich unsere letzte Besprechung, wo das Pilotprojekt zum Bereich Annenviertel vorgestellt wurde, richtig in Erinnerung habe, war gerade die Frage Ausstattung mit finanziellen Mitteln zum damaligen

Zeitpunkt noch nicht gänzlich geklärt. Ich habe seitdem als eine Stadträtin, die mit ihrem Ressort auch in diesem Arbeitskreis und bei diesen Besprechungen beteiligt war, keine weiteren Informationen mehr erhalten. Es würde mich freuen, wenn diese Fragen, die damals noch offen waren, in der Zwischenzeit alle geklärt sind, aber ich würde es umso wichtiger erachten, dass man dann trotzdem auch diese Informationen weiter gibt und mir erscheint es auch sinnvoll, dass nachdem wir bisher ja immer nur in der Projektgruppe beziehungsweise unter den beteiligten Stadtregerungsmitgliedern gesprochen haben, dass wir einfach einmal die Diskussion bezüglich Gemeinwesenarbeit und Quartiersbetreuung und Stadtteilentwicklungsmanagement auch hier im Gemeinderat führen. Da ist de facto auch die Intention dahinter, weil ja der Punkt 1 und der Punkt 2 gekoppelt ist mit einem Informationsbericht an den Gemeinderat (*Applaus SPÖ*).

GRin. Mag.^a Dr. **Sprachmann**: Der erste Teil meiner Wortmeldung betrifft eigentlich die Wortmeldung von der Frau Kollegin Benedik betreffend die Dringlichkeit, und zwar, Kollegin Benedik, ich kann schon sagen, ich bin vollständig auch entsetzt über diese Wortmeldung einfach aus diesem Grund, weil Sie unsere Bürgerinnen und Bürger in den Siedlungen kriminalisieren. Das heißt, wegen jeder falschen Ausleerung von einem Mülleimer oder wegen jeder kleinen Lärmüberschreitung, weil die Kinder zum Beispiel laut spielen, kann man nicht die Polizei rufen und das ist keine Straftat, sondern Sie machen jetzt gerade eine Kriminalisierung von unseren BürgerInnen in den Siedlungen, die im Gegenteil aber unsere Unterstützung benötigen würden eben in Form von einer mobilen Siedlungsbetreuung. Weil Sie vorher angesprochen haben auch, Kollegin Benedik, dass die SPÖ also einiges verschlafen hat, dann muss ich sagen, also wir wissen grundsätzlich, in welchen Bezirken die Probleme existieren. Zum Beispiel Lend, Gries, es sind große Bezirke mit beinahe 30.000 Einwohnern und Einwohnerinnen. Und verschlafen worden ist es schon, aber die letzten 20 Jahren, und da war hier im Gemeinderat nicht nur die SPÖ, sondern da waren auch andere Fraktionen und es ist bitte hier die Angelegenheit von allen Parteien, dafür Sorge zu tragen, dass wir Zukunft in Konflikte bereinigen können, weil in Wirklichkeit haben wir auch lange genug da zugeschaut. Ich bedanke mich bei allen, die dem Antrag die Zustimmung geben. Ich

finde, das ist eine sehr große und wichtige Sache für Graz, dass wir uns einfach der BürgerInnen tatsächlich dort annehmen, wo sie es auch nötig haben, dass sie unterstützt werden. Danke (*Applaus SPÖ*).

Der Punkt 1 des dringlichen Antrages wurde mit Mehrheit angenommen.

Der Punkt 2 des dringlichen Antrages wurde mit Mehrheit angenommen.

4) Glücksspielgesetz „Kleines Glücksspiel“, Konsequenzen

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Fabisch**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Entwurf des neuen Glücksspielgesetzes hat viele negative Seiten. Besonders kritisierenswert ist es, dass die Bundesregierung im Bereich des sogenannten „Kleinen Glücksspiels“ Praktiken, die bisher nicht erlaubt waren, legalisieren will. Der zulässige Höchsteinsatz pro Spiel soll von 50 Cent auf 10 Euro (in Automatenalons) beziehungsweise von 50 Cent (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) auf 1 Euro (bei Einzelautomaten) erhöht werden. Ein Spiel braucht künftig nur eine Sekunde zu dauern. Diese Kombination führt dazu, dass innerhalb von Minuten mehrere Monatslöhne verspielt werden können.

Mit „Kleinem Glücksspiel“ hat das nichts mehr zu tun.

Spielsüchtige kosten die Gesellschaft durch Therapiekosten und allfälligen Strafvollzug wegen Beschaffungskriminalität viel Geld. Das verursacht höhere Kosten, als durch die Steuereinnahmen hereinkommen.

Auch nach Beschluss der Glücksspiel-Novelle auf Bundesebene wird es in der Kompetenz der Länder bleiben, das „Kleine Glücksspiel“ zuzulassen oder zu untersagen. Das gibt dem Land Steiermark die Möglichkeit, dem Beispiel von Salzburg, Tirol und Vorarlberg zu folgen und das „Kleine Glücksspiel“ zu verbieten.

Ich stelle daher im Namen der KPÖ folgenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz fordert die Landesregierung und den Landtag Steiermark auf, das sogenannte „Kleine Glücksspiel“ in der Steiermark zu untersagen, wenn das Glücksspielgesetz in der vorliegenden Fassung beschlossen wird, vor allem wenn die vorgesehene Erhöhung des Höchsteinsatzes pro Spiel von 50 Cent auf 10 Euro (in Automatenalons) sowie von 50 Cent auf 1 Euro (bei Einzelaufstellung) nicht gestrichen wird. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

GR. **Sippel** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister! Ich möchte mich beim Antragsteller, dem Andreas Fabisch, bedanken für diesen Antrag. Ist eine wichtige soziale Maßnahme, gerade für Familien am unteren Einkommensrand, hier wird ja bisher eben auch zugelassen und zugeschaut, dass mitten in unserer Gesellschaft Existenzen zugrunde gerichtet werden, wo in erster Linie die Kinder die Leidtragenden sind. Die FPÖ unterstützt diesen Antrag in Dringlichkeit und Inhalt. Danke (*Applaus FPÖ*).

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Auch wenn ich glaube, dass das Glücksspiel nicht nur eine Leidenschaft der unteren Einkommenschichten ist, das muss man schon ein bisschen, man spielt halt unter anderem Bedingungen würde ich sagen, aber gespielt wird in allen Gesellschaftsschichten, wie wir wissen.

GR. **Hohensinner**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werter Gemeinderat! Auch wir als Grazer Volkspartei sind heute sehr dankbar, dass die KPÖ diesen dringlichen Antrag eingebracht hat, warum? Weil es ja wirklich dringlich ist. Momentan verhandelt der Bundesfinanzausschuss über die Gesetzesnovelle,

deshalb dringlich. Der Entwurf sieht einige Verbesserungen vor, aber auch massive Verschlechterungen. Was positiv ist, ist, dass zukünftig alle Automaten an ein Online-System angehängt sind, das wird auch in Zukunft verhindern, dass ein junger Mann, eine junge Frau zur Theke geht und sich mehr Geld für ein Spiel raufbuchen lässt, also das wird in Zukunft nicht mehr möglich sein. Auch die Reglementierung der Aufstellung von Automaten wird von 4.000 Automaten, die es jetzt gibt, auf 1.000 Automaten, runtergeschraubt, nämlich pro 1.200 Einwohner in der Steiermark ein Automat und wir haben im Jahr 2007 hier im Grazer Gemeinderat beschlossen, dass wir zur Zugangskontrolle eine Magnetkarte möchten analog der Sache mit dem Zigarettenautomaten. Dort wurde das bereits umgesetzt, eben dass die Inbetriebnahme nur dann funktioniert, wenn man diese Magnetkarte reinschiebt und das wird jetzt umgesetzt, das ist positiv. Nichtsdestotrotz, was massiv eine Verschlechterung darstellt, was wir überhaupt nicht nachvollziehen können ist, dass der maximale Einsatz von momentan 50 Cent auf 10 Euro angehoben werden soll, da es aber neben der Landeslizenz, auch eine Bundeslizenz zu vergeben gibt, geht uns der KPÖ-Antrag nicht weit genug. Warum? Wenn jetzt der Landesgesetzgeber das runterreglementiert auf 50 Cent, werden die Bundesautomaten wie Schwammerl aus dem Boden schießen, und das ist nicht zielführend. Deshalb gehen wir eben wie gesagt, einen Schritt weiter und fordern den Bundesgesetzgeber dringlich auf, die Beschränkung von 50 Cent sowohl bei der Landes- als auch bei der Bundeslizenz vorzuschreiben, und ich avisiere gleich einen Abänderungsantrag, den möchte ich jetzt kurz vorstellen. Die ÖVP stellt folgenden Antrag: Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz fordert den Bundesgesetzgeber auf, in der Gesetzesnovelle die Beschränkung sowohl der Landesausspielungen, als auch der Bundesausspielungen mit dem Höchsteinsatz von 50 Center pro Spiel (in Automatensalons und Einzelaufstellungen) zu reglementieren.

Ich glaube, das ist eine ganz eine wichtige Sache. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR. **Herper:** Sehr geehrte Frau Bürgermeisterstellvertreterin! Ich glaube, der von dir gestellte Antrag, Andreas, ist ein sehr wichtiger und dringlicher. Es beschäftigen sich ja im Landtag auch schon seit Jahr und Tag die Kollegen des Landtages damit, auch aktuell im zuständigen Ausschuss. Wir haben, weil wir das für dringlich halten, weil

wir wissen, es ist ja nicht nur eine Sache von niedrigen Einkommensschichten, es hat da gegambelt von den Banken von der Wall Street bis herunter quer durch die Gesellschaft. Die Casino-Gesellschaft ist ja ein mythisch Begriff geworden für den Zustand dieser Gesellschaft, die auf Spiel und Leidenschaft setzt auf Kosten anderer. Uns geht es darum, den weit gehenden SpielerInnenschutz zu sichern, das Spiel an sich so uninteressant zu machen, dass die Suchtgefahr so geringst als möglichst bleibt und das ist sozusagen unsere Richtschnur. Der Kollege Hohensinner hat bereits angeführt, es hat wenig Sinn, so wie wir das auch schon bereits eingebracht haben im Landtag, im Sinne des von dir gestellten Motivenberichts ein Verbot zu fordern, wenn zugleich die Novelle, die bevorsteht zur Beschlussfassung die Aufstellung von sogenannten Video-Lotterien, in der man vorsieht, dass Glückspielautomaten, die gleich aussehen, gleich funktionieren, aber bloß anders heißen. Es wäre unsinnig, solche Terminals zu haben und nicht dagegen einzuschreiten und zugleich aber auf Landesebene Geldspielautomaten zu untersagen. Deswegen unterstützen wir auch den Abänderungsantrag, nämlich sofort und dringlich an den Bundesgesetzgeber, einzuschreiten namens der Stadt Graz und ihn aufzufordern, die Beschränkung sowohl der Landesauspielungen als auch der Bundesausspielungen auf die 50 Cent pro Spiel vorzusehen und zu reglementieren, weil damit gewährleistet ist, dass es wirklich noch eine Möglichkeit gibt, eine Versagung des Bundeswillens durchzusetzen. Das Land, so höre ich, wird auf jeden Fall dem entgegenkommen, auch wenn wir Bundeseinnahmen entsprechend verlieren sollten, da wir dann weniger Bundesmittel erhalten würden. Deswegen würde ich vorschlagen, dass wir dem Abänderungsantrag zustimmen, weil wir gleich direkt beim Schmied und nicht beim Schmiedl vorstellig werden als Landeshauptstadt Graz. Dankeschön (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Mag. Fabisch als Antragsteller! Die Thematik ist ja nicht zum ersten Mal heute im Grazer Gemeinderat und ich sage, Gott sei Dank, weil die Problematik ist nicht kleiner geworden. Sie ist wahrscheinlich noch weiterhin im Wachsen, so wie ich vernehme, wenn man mit offenen Augen durch die Stadt geht und sieht, wie Spiellokale wie Schwammerln aus dem Boden wachsen, wenn man sieht, und da hat

die Frau Vizebürgermeisterin Recht, dass natürlich, selbstverständlich alle gesellschaftlichen Schichten der Spielsucht verfallen können und auch verfallen und wir wissen aber auch, auch in allen sozialen Schichten, dass ganze Existenzen von Familien vor die Hunde gehen, Beziehungen vor die Hunde gehen, dass Leute, die Spielsucht soweit treibt, dass ihre ganze Existenz bis hin zur Delogierung diesen Weg machen und alles aufs Spiel setzen. Und wir wissen auch, dass die Sperrspitze, der Eisberg der ganzen Problematik bereits in unseren Spitälern ankommt. Wir wissen, dass täglich ein Patient im LSF auf Spielsucht hin als pathologisch wirklich nachgewiesene medizinische Erkrankung hin untersucht und behandelt wird und wir wissen, dass es viele, viele Menschen gibt, die daheim noch irgendwie versucht werden zu halten in ihren Existenzen, wir wissen, dass viele Freunde usw. sich dieser annahmen und die Dunkelrate daher sehr, sehr hoch ist. Und ich glaube, es ist ungeheuer wichtig, schnell und rasch hier entsprechende Maßnahmen zu setzen und ich denke, dass beide Gebietskörperschaften Bund und Land in gleicher Weise aufgerufen sind, hier entsprechend zu handeln und diesen Schutz der Bürgerinnen und Bürger noch ernster zu nehmen als eigentlich aus diesen Verhandlungen mit der Industrie, muss man schon sagen, Spielerindustrie und der Politik oder der öffentlichen Hand bisher erreicht werden konnte. Wir werden daher den Antrag, aber auch den Abänderungsantrag unterstützen und rufen wirklich alle Fraktionen auf, in ihren Parteien dahingehend auf Bundes- und Landesebene tätig zu werden, um diese Gefahr zumindest einzudämmen und zu verringern. Dankesehr (*Applaus BZÖ*).

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Ich wollte nur anmerken, wenn Sie dem Abänderungsantrag zustimmen, dann stimmen Sie damit nicht mehr dem ursprünglichen Antrag zu, das ist schon klar, ok?

GR. Mag. **Fabisch**: Noch einmal, die Novelle ist im Nationalrat auf Schiene, das wissen wir.

Zwischenruf GR. Hohensinner: Ist noch nicht beschlossen.

GR. Mag. **Fabisch**: Ja, die Koalition ist sich einig. Diese Novelle, ich sage es noch einmal, ist ein absoluter Fehlgriff, eine Mogelpackung. Wir finden zwar eine geplante Reduktion der Automaten, doch die Übergangs- und Ausnahmebestimmungen erlauben bis zum Jahr 2016 eine Überschwemmung unseres Bundeslandes mit neuen Mini-Casinos und ihren ungehinderten Betrieb. Bei der Erhöhung des Einsatzes von 50 Cent auf 10 Euro kann man in zwei Stunden, das haben gute Mathematiker bewiesen, in zwei Stunden bis zu 72.000 Euro, nicht im Casino, sondern im Kaffeehaus verlieren. Laut aktuellem Suchtbericht des Landes Steiermark haben wir hier in der Steiermark 60.000 bis 80.000 Menschen, die direkt oder indirekt davon betroffen sind. Das Argument, Einnahmen für Land und Gemeinde daraus lukrieren zu können, es sind meist Menschen, nicht nur, das ist richtig, aber es sind meist Menschen mit sehr, sehr geringem Einkommen, die ihre Situation manchmal auch verzweifelt verbessern wollen, aber hier legal ausgenommen werden. Die öffentliche Hand braucht das Geld von verzweifelten und letztlich Süchtigen sicher nicht, das hat auch die Gabi Burgstaller in Salzburg vor wenigen Tagen online ganz klar definiert. Hier verdienen ganz, ganz wenige kolossal, die Folgekosten hat die gesamte Gesellschaft zu tragen, wie so oft im Kapitalismus. Wir haben zerstörte Existenzen, wir brauchen teure Suchtbehandlung, die Kriminalitätsbekämpfung ist ein Thema usw. Budgetsanierung kann so nicht erfolgen. Wir sagen, die KPÖ sollte ganz andere gesellschaftliche Schichten dazu heranziehen zur Budgetsanierung. Die Namen und Bankverbindungen finden wir auf ominösen Steuerflucht-CDs. Das Argument, sonst findet das Glücksspiel im Hinterzimmer statt, hören wir immer wieder. Dazu gibt es eine klare Stellungnahme von Monika Lierzer, Psychologin und Leiterin der Steirischen Fachstelle für Glücksspielsucht. Sie vergleicht diese Sucht mit starken Drogen, Kokain sagt sie, gibt es nicht an jeder Straßenecke, Spielautomaten schon. Kurz, es geht also darum und dafür sollten wir alle einstehen, dass Menschen gar nicht erst mit diesem existenzgefährdeten und suchterzeugenden Angebot in Kontakt kommen. Novellen dieser Art sind völlig ungeeignet. Zu den beiden Großparteien, die sich hier aus meiner Sicht sehr enttäuschend zeigen, noch einmal, die Novelle ist im Bund auf

Schiene, eine Petition an den Bund bringt nichts mehr, das wisst ihr ganz genau, es gibt eine großkoalitionäre Einigung. Wenn es euch ernst gewesen wäre, lieber Kurt Hohensinner, dann hättet ihr hier einen Zusatzantrag formuliert und keine Abänderung, nur ihr wollt ja das kleine Glücksspiel erhalten, denn es sind viel zu viele Politiker der Großparteien im kleinen Glücksspiel mit dem kleinen Glücksspiel verbunden. Dann gibt es auch noch Parteispenden, Spenden für Zeitungen, auch für Rettungsautos, die doch wieder einer Partei nahestehen, auch das gibt es, Samariterbund usw. Ob sie jetzt Androsch, Schlögl oder EU-Kommissar Hahn heißen, das ist egal. Diese Stellungnahme von euch ist scheinheilig, hättet ihr es ehrlich gemeint, dann hättet ihr hier einen Zusatzantrag formuliert und keine Abänderung. Dankeschön (*Applaus KPÖ und Grüne*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR. Mag. **Mariacher** zum Antrag: Liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Mag. Fabisch, ich stehe nicht an, dir zu diesen Aussagen zu gratulieren und wir haben darüber nachgedacht, wir unterstützen deine Sicht der Dinge, weil wir glauben, auch hier in der Steiermark, dass wir hier wirklich vor Ort in unsere Region die Akzente setzen müssen, ich glaube auch, dass die Situation im Bund schon soweit fortgeschritten ist und verkrustet ist, dass wir hier von Wien aus nicht die entsprechende Hilfe geleistet bekommen. Daher werden wir deinen Antrag unterstützen und den Abänderungsantrag nicht. Danke (*Applaus BZÖ und KPÖ*).

GRin. **Krampl**: Es ist nicht unmittelbar jetzt mit dem Antrag verbunden, aber natürlich auch. Es ist früher gefallen, es wird im Hinterzimmer gespielt oder es wurde im Hinterzimmer gespielt. Was ich für ganz, ganz wichtig halte und was in dieser Diskussion über Glückspielautomaten immer wieder vergessen wird, ist für mich dieses Online-Glücksspiel zu Hause. Zu Hause, wo man allein ist, wo man anonym ist und wo man Unmengen Geld verlieren kann, wo man sitzt unbeobachtet, ohne jede soziale Kontrolle, ohne schlechtes Gewissen, ich könnte schon wieder von

jemandem gesehen werden und vielleicht deshalb doch das eine oder andere Mal mich nicht zum Automaten zu setzen. Bis zu 800 Euro bei Win-to-Day am Tag, wenn ich mich reglementieren lasse beziehungsweise, ich glaube, bis zu 2.400 Euro im Monat fast ohne Einschränkung der Höhe in Sekundenschnelle verloren. Also das sind die Sorgen, die ich habe und die ich für viel, viel gefährlicher noch halte als die Glücksspiele quasi in Gaststätten, und das sollten wir uns auch einmal gemeinsam mitüberlegen. Danke (*Applaus SPÖ*).

Der Abänderungsantrag von GR. Hohensinner wurde mit Mehrheit angenommen.

5) Grazer Universitätsviertel Lärmmessung

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Korschelt**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Es hat einen Film gegeben „Und täglich grüßt das Murmeltier“, so erscheint mir auch dieser Antrag. Es geht um die Lärmmessung im Uni-Viertel. Ich will das jetzt gar nicht, weil die Zeit ist natürlich schon fortgeschritten (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), ich möchte nur darauf hinweisen, dass wie wir jetzt alle wissen, dass das Frühjahr kommt und damit natürlich auch die Lärmbelastung im Uni-Viertel enorm steigt. Wie gesagt, ich glaube, wir sind den Bürgern dort im Wort, das wir auch schauen, dass es dort Möglichkeiten gibt, die Nacht halbwegs ruhig zu verbringen. Ich darf Sie einmal einladen, am Samstag oder am Sonntag in der Früh durch die Elisabethstraße so zwischen 7.00 und 8.00 Uhr zu fahren, dann werden Sie eigentlich sehen, was ich meine, wie es dort doch zugeht.

Deshalb stelle ich namens der FPÖ den

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Grazer Gemeinderat wolle beschließen:

Der Gemeinderat der Stadt Graz ersucht Herrn Bürgermeister Mag. Nagl höflich, im Rahmen des ihm übertragenen Wirkungsbereiches an die zuständigen Stellen des Landes Steiermark heranzutreten, um eine Messung des Lärmpegels in der Elisabethstraße auf Höhe der Häuser Nr. 30 - 40, verursacht durch die dort ansässigen Lokale, zu bewirken. Gegenständliche Messung soll sich auf die nächtliche Zeitspanne von 03.00 Uhr bis 06.00 Uhr erstrecken.

Der Gemeinderat wolle zudem beschließen:

Im Falle des Vorliegens von Ergebnissen, die eine unzumutbare Lärmbelästigung und Gesundheitsgefährdung der Anrainer belegen, wird Herr Bürgermeister Nagl höflich ersucht, im Rahmen des ihm übertragenen Wirkungsbereiches und unter Anwendung des § 113 Abs. 5 der Gewerbeordnung eine entsprechende Vorverlegung der Sperrstunde beziehungsweise eine Rückverlegung der Aufsperrstunde für die ursächlichen Lokale zu verhängen. Ich bitte um Annahme (*Applaus FPÖ*).

GR. **Herper** zur Dringlichkeit: Frau Bürgermeisterstellvertreterin, lieber Harry! Danke für diesen dringlichen Antrag, die sozialdemokratische Fraktion wird die Dringlichkeit und den Inhalt selbstverständlich unterstützen, weil es für uns eine Selbstverständlichkeit ist, alle Maßnahmen zu unterstützen, die Hilfestellung und Entlastung den AnrainerInnen bringen können. Danke herzlich (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Korschelt**: Kurz, danke vielmals.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR. **Schröck** zum Antrag: Geschätzter Kollege Korschelt! Wir haben das Problem ähnlich wie du ebenfalls erkannt, nur halt schon ein bisschen früher und haben auch schon vor mittlerweile fünf Monaten uns dieses Problems angenommen und moderate Vorschläge zur Lösung dieses Problems vorgeschlagen. Wir haben unter anderem vorgeschlagen, dass die Ordnungswache an Wochenenden eben verstärkt in diesen betreffenden Bereichen patrouillieren sollte, um dadurch eben verstärkt für Ruhe und Ordnung zu sorgen und wir haben auch die für Wirtschaftsbetriebe zuständige Vizebürgermeisterin aufgefordert, die Wirtschaftsbetriebe an Wochenenden verstärkt im Bereich der Elisabethstraße reinigen zu lassen. Traurig ist nur, dass nach fünf Monaten noch immer keine Antwort zu diesem Antrag ins Haus getrudelt ist. Insofern auch schade, weil wenn diese Antwort gekommen wäre, es zu diesem Antrag der FPÖ nicht hätte kommen müssen. Interessant an diesem Antrag ist ja auch, wenn ich da euren Wirtschaftssprecher Gemeinderat Hötzl anschau, er wird ja in Erklärungsnotstand kommen, wenn er den dort beheimateten Wirten erklären muss, dass die einzigen zwei Tage, an denen sie Geld verdienen, dann auch noch beschnitten werden mit Öffnungszeiten. Wir haben, wie ich es vortragen habe, moderatere Lösungsvorschläge. Außerdem denke ich, dass das alles auch einfacher zu lösen wäre, du hast ja in deinen Reihen den Klubobmann Sippel, der soll ein bisschen beruhigend auf seine Kameraden bei der Burschenschaft einwirken, die habe ich bei dem einen oder anderen Mal auch schon einmal am Wochenende in der Elisabethstraße recht unruhig erlebt, vielleicht können wir dann auch hierbei einen Beitrag zur allgemeinen Ruhe leisten. Danke (*Applaus BZÖ*).

GRin. Mag.^a **Ennemoser**: Wir alle kennen die Lokaldichte in der Elisabethstraße und wir kennen auch alle das Problem lange Jahre. Herr Kollege, Ihre damalige Kollegin Frau Sickl hat das einige Male auch eingebracht. Die Gewerbeordnung hat sich in der Zwischenzeit nicht geändert,...

Zwischenruf GR. Sippel: Der Lärm auch nicht.

GRin. Mag.^a **Ennemoser**: Bitte? Nein eh nicht, der absolut nicht, der Lärm, darum haben wir auch der Dringlichkeit zugestimmt. Der Lärm hat sich auch nicht geändert, es geht immer in Wellen auf und ab. Leider ist es rechtlich nicht möglich, weil der Lärm keinem Lokal zuordenbar ist, daher werden wir auch diesen Punkten nicht zustimmen, sondern glauben, dass es noch immer, und das haben wir ja auch schon einmal angeregt oder einen großen Prozess bereits durchgeführt, dass wir mit dem Referat für BürgerInnenbeteiligung eine große Zusammenkunft von AnrainerInnen und WirtInnen anstreben sollten, um wieder die Situation zu beruhigen und ich kann mich erinnern, es hat gefruchtet damals, die Wirte haben die Lokalbesucher so weit gehabt, dass der Lärm reduziert wird. Wir wissen auch, wer in dieser Gegend wohnt, Herr Kollege, und daher werden wir einen Abänderungsantrag einbringen:

Der Gemeinderat wolle beschließen, dass das Referat für BürgerInnenbeteiligung einen „runden Tisch“ mit AnrainerInnen und WirtInnen veranstaltet, um gemeinsam Lösungsstrategien zur Reduktion der Lärmbelästigung zu entwickeln (*Applaus ÖVP*).

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Gibt es noch weitere Wortmeldungen, sonst melde ich mich noch kurz zu Wort zu den Wünschen, dass die Wirtschaftsbetriebe dort den Mist beseitigen, der regelmäßig produziert wurde und wird. Ich denke, dass dieser Antrag einmal dort ansetzt, wo dann alle sich schützend vor die Wirte stellen, da setzt auch einmal dort an, wo die Wirte stärker in die Verantwortung zu nehmen sind und das ist, denke ich mir, zu den ganzen Maßnahmen, die sowieso passieren und immer wieder passieren, denke ich mir, der runden Tische hat es ja auch schon viele gegeben, durchaus sinnvoll, auch den Wirten einen Teil der Verantwortung auch wieder zurückzugeben und in dem Sinn kann ich, ach so, jetzt habe ich mich zur Dringlichkeit gemeldet, nein, wir sind ja beim Antrag, passt schon. Für die Wirtschaftsbetriebe sage ich ganz klar, das kann nur einen Teil des Problems lösen, wenn dort sauber gemacht wird, es geht um den Lärm in dem Fall und diese Lärmmessungen und auch der Konsequenzen, die daraus zu ziehen sind, können wir nur zustimmen, weil damit auch die Wirte einmal stärker in die Verantwortung gezogen werden.

GR. **Schneider**: Sehr geehrte Damen und Herren! Keine Sorge, ich werde wahrscheinlich der letzte Grüne sein, der zu diesem Antrag jetzt spricht. Wir werden dem Antrag zustimmen, wir finden auch den Antrag der ÖVP interessant, ein runder Tisch ist sicher ein gutes Instrument, um hier zu agieren. Nur nicht als Alternative zum Inhalt des Antrages, sondern ergänzend, insofern hätten wir uns gefreut, wenn das als Zusatzantrag eingebracht worden wäre. Eines ist nämlich wichtig, die Sache begleitet uns jetzt seit Jahren, es wird nicht leiser dort, die Leute leiden weiterhin. Insofern die Verantwortung für diesen Missstand wird hin- und hergeschoben, das ist keine Lösung für uns, insofern finden wir gut, dass im Antrag drinnen steht, vielen Dank, Herr Kollege, dass man über die Sperrstunde Dinge regeln könnte, wir sind nicht der Meinung, dass das nicht möglich ist und ich hoffe, das ist zu verhindern, dass wir Sperrstunden verkürzen müssen. Aber das ist nur dann zu verhindern, wenn alle Beteiligten die Leute, die dort feiern, die Leute, die dort mit ihren Lokalen Geld verdienen und die Leute, die dort wohnen, zusammenarbeiten und eine Lösung finden, dass es für alle ein lebenswertes Viertel wird. Ich glaube, für die Wirte und deren Motivation, da mitzuwirken und Verantwortung zu übernehmen, ist es wichtig, dass es ausgesprochen wird, dass es die Möglichkeit dieser Sperrstunden gibt. In diesem Sinne hoffe ich, dass wir etwas zusammenbringen im Uni-Viertel, im Sinne von allen Beteiligten, vielen Dank.

Der Abänderungsantrag von GRin. Mag.^a Ennemoser wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Antrag wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Die Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 17.20 Uhr den Vorsitz.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich darf den Vorsitz wieder übernehmen und mache folgenden Vorschlag. Wir haben zwei dringliche Anträge, die sich mit dem Thema des Moscheenbaus in Graz beschäftigen. Deswegen würden wir vorschlagen, dass der Herr Gemeinderat Sippel seinen dringlichen Antrag stellt, dass das BZÖ auch den dringlichen Antrag stellt und dass wir dann die beiden auch gemeinsam diskutieren. Selbstverständlich getrennt abstimmen, und ich würde dann auch vorschlagen, dass wir von der Redezeit her verdoppeln, dass also jeder einmal die Möglichkeit hat dann, einer spricht jeweils, aber die dann dafür verdoppelt, die Schlussworte gibt es ja dann sowieso auch.

6) Politische Enquete zum Moscheenbau

GR. **Sippel** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Sippel**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Das Thema Moscheenbau in Graz war ja in den letzten Tagen und Wochen auch wieder vermehrt in den Medien nachzulesen. Wie wir erfahren konnten, sind zwei Moschee-Großprojekte in Graz geplant, das zeigt natürlich auch, wie inhomogen die muslimische Bevölkerung da in Graz ist, auf der einen Seite haben wir die türkischen Muslime, die eine Moschee wollen, auf der anderen Seite die bosnischen Muslime, die eine Moschee wollen, also das zeigt, dass man sich hier seitens der Muslime auch nicht einig ist. Und ich habe heute erfahren, bis jetzt ist das an mir vorbeigegangen beziehungsweise sind wir in dieser Richtung auch nicht informiert worden, dass ein konkretes Projekt bereits in der Finalisierungsphase ist, in der Lazarettgasse, ist sehr interessant, dass man das so nebenbei erfährt, hier hat es keine Einbindung der politischen Kräfte und schon gar nicht der Bürger gegeben. Es kann nicht sein, und das ist auch der Kritikpunkt, den die FPÖ hier übt, dass eine so eine wichtige Entscheidung des Moscheenbaus in Graz einfach am wichtigsten

politischen Gremium in dieser Stadt, am Gemeinderat, vorbeigespielt wird (*Applaus FPÖ*). Das, meine Damen und Herren, ist ein Vorgehen, das nicht im Sinne einer Politik sein kann, die Bürgernähe groß schreibt. Wir fordern deshalb als Erstes einmal eine breite Diskussion, bevor andere Schritte eingeleitet werden können, eine breite Diskussion hier herinnen im Gemeinderat, eine politische Enquete, wo auch informierte Vertreter der islamischen Glaubensgemeinschaft, des interreligiösen Beirates, auch des Migrantenbeirates eingeladen werden, politische Vertreter aller Parteien selbstverständlich sollen hier auch erscheinen und dass man da einmal eine breite Diskussion über dieses Thema führt. Und das ist etwas, was Sie uns vorenthalten wollen und das ist ein politisches Vorgehen, das wir auf keinen Fall gutheißen können.

Ich möchte dazu auch noch Folgendes sagen, Sie negieren hier auch die Sorgen, weil Ängste, wie es auch in den Medien gestanden ist, Ängste haben die Grazer keine, sie haben Sorgen und Bedenken in dieser Frage und wollen in dieser Frage auch eingebunden werden. Umfragen zeigen ganz eindeutig, dass die Mehrheit der Grazer keine Moschee möchte und Umfragen zeigen auch, dass die Mehrheit der Österreicher Sorgen haben bezüglich des Islams, und diese Sorgen sollen auch seitens der politischen Klasse, der politischen Verantwortungsträger ernst genommen werden (*Applaus FPÖ*). Als erster Schritt, wie gesagt, eine breite politische Diskussion aller Vertreter und als zweiter Schritt eine Volksbefragung. Der Bürger gehört in diese Entscheidung eingebunden und deshalb stelle ich namens des FPÖ-Gemeinderatsklubs nachstehenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Grazer Gemeinderat wolle beschließen:

Herr Bürgermeister Nagl wird ersucht, informierte Vertreter des interreligiösen Beirates, des Migrantenbeirates, der islamischen Glaubensgemeinschaft in Graz sowie die Herren Altbürgermeister Alfred Stingl und Altstadtrat Helmut Strobl in deren Eigenschaft als Mitglieder des Beratungsgremiums für die islamische Glaubensgemeinschaft für Steiermark und Kärnten zu einer politischen Enquete einzuladen, an der auch alle Grazer Gemeinderats- und Stadtsenatsmitglieder teilnehmen sollen.

Im Rahmen dieser Veranstaltung soll nach entsprechenden Berichten über den Stand der Dinge eine ausgewogene Diskussion zum Thema initiiert werden. Danke (*Applaus FPÖ*).

7) Verbot für den weiteren Bau von Sakralbauten (Moscheen, Minaretten etc.)

GR. **Grosz** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Grosz**: Sehr geehrte Damen und Herren, hoher Gemeinderat! Kollege Sippel, nur weil die blaue Frühstücksdirektion in geistige Untermiete zum Werber der Schweizer Volkspartei gegangen ist, zu einem gewissen Herrn Segert, um hier offenbar eine Moscheen- und Minarettkampagne zu machen, halte ich es nicht für notwendig, hier jetzt eine unnötige Emotion hineinzubringen. Selbstverständlich ist das Thema von Moscheen und Minaretten ein Thema, das uns im zivilisierten Europa des 21. Jahrhunderts immer wieder bewegt in unterschiedlichen Großstädten und selbstverständlich habe ich auch eine Meinung dazu, und selbstverständlich haben wir als BZÖ auch einen komplett unemotionalen Zugang dazu, wie man das Problem lösen kann. Ich will, sage ich ganz ehrlich und ich bekenne mich dazu, keine Volksabstimmung und keine Volksbefragung über Moscheen und Minarette, weil es schlussendlich nicht der Sache dient, sondern ausschließlich einer politischen Polarisierung einer FPÖ, die halt in der Steiermark dahinsiecht und offenbar auch Probleme mit irgendwelchen Verlegenheitskandidaten zur Landtagswahlen hat und dann das mit einem Schweitzer Werber halt auffetten will, aber dazu ist die Stadt Graz wirklich nicht geeignet. Ich sage, bringen wir dieses Thema rasch vom Tisch, wir müssen erkennen, dass von Moscheen und Minaretten, wenn sie von einem islamistischen, also von einem extremen Zug des Islam, des sogenannten Islamismus, geplant werden, von denen tatsächlich eine Gefahr ausgeht, ich zitiere da aus dem Jahr 1998 den türkischen Ministerpräsident Erdogan, der damals gesprochen hat, die Demokratie ist nur der Zug, auf den wir aufsteigen, bis wir am Ziel sind, die Moscheen sind unsere Kasernen, die Minarette unsere Bajonette, die Kuppeln unserer Helme und die Gläubigen unserer Soldaten. Diese Wortwahl, diese

Ausprägung eines extremen Islamismus hat nichts mit dem 21. Jahrhundert des Europas, des friedlichen Europas zu tun, diese Ausprägung eines extremen Islamismus entspricht nicht unserer Botschaft der Demokratie, des Friedens, der Hoffnung und wir lassen uns auch nicht im 21. Jahrhundert solche Missionsaufträge eines expandierenden Islamismus uns hier nach Graz exportieren und auch nicht die Diskussion, erster Punkt. Zweiter Punkt, Moscheen und Minarette entsprechen in überdimensionierter Form nicht unserer Baukultur und das ist auch einmal anzuerkennen, wir befinden uns hier auch in einem säkularisierten Staat auf dem Basis und dem Fundament eines christlichen Europas mit einer sehr einprägsamen Baukultur hier in Österreich, auch hier in der Steiermark, und zu meinem Verständnis des Ortsbildes und dem Erhalt des Ortsbildes gehören auch keine jodelnden Muezzine und keine Minarette und auch keine überdimensionierten Moscheen samt ihren Kuppeln, sondern da muss es auch genügen zur Ausübung einer Religionsfreiheit das zu tun, wie jeder andere Christ, wie jeder der jüdischen Glaubensgemeinschaft Angehörige, wie ein Buddhist, dass du betest, dort wo auch immer und das wird auch nicht behindert, aber nicht mit Machtsymbolen, die auch wie eine Moschee und ein Minarett, die im Übrigen auch im Koran nicht angeführt worden sind, die 40 Meter hohen Minarette sind kein Bestandteil des Korans, das muss man auch einmal bei dieser Gelegenheit sagen.

Zwischenruf GR. Schneider: Kirchtürme stehen auch nicht in der Bibel.

GR. **Grosz:** Ja, Kollege Schneider, ich habe die Kirchtürme nicht erfunden, sondern die Kirchtürme sind seit 1.200/1.300 Jahren Bestandteil unserer Bautradition, beschweren Sie sich beim ersten Kirchturmbauer, aber bitte nicht bei mir. Sondern erkennen Sie, dass wir hier eine gewisse Kultur haben, die wir uns durch eine andere Kultur nicht auswechseln lassen, so weit gehe ich schon. Und ich will da auch nicht radikalieren und ich will auch die Radikalisierung gar nicht zulassen und schon gar nicht, wenn sie so unvernünftig geschieht (*Applaus BZÖ*). Sondern wir wollen dieses Thema wegbekommen, wir haben andere Modellprojekte, wo man das ein- für

allemaal vom Tisch bekommt, indem man einmal klar und deutlich feststellt, dass Bauordnung und Raumordnung das nicht vorsehen, für die Raumordnung können wir als Stadt Graz keinen Einfluss nehmen, höchstens in Form des Petitionsweges an den Landtag, um das Steirische Raumordnungsgesetz zu ändern, in der Bauordnung sieht das anders aus, auch im Erhalt des Stadtbildes, das ist unsere Aufgabe, wir haben auch eine Altstadtsachverständigenkommission zum Erhalt des historischen Zentrums, wir können durchaus in diese Richtung gehen, auch sagen, wir wollen die gesamte Stadt ortsbildtechnisch schützen, das ist ein Weg und da wollen wir vollkommen seriös und sachlich auch heute einbringen einen

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

Der für die Stadtbaudirektion und das Stadtplanungsamt zuständige Stadtsenatsreferent, Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl, wird aufgefordert, einen Entwurf für ein Verbot von Bauten - welche aufgrund ihrer außergewöhnlichen Architektur oder Größe von der örtlichen Bautradition wesentlich abweichen, unter Beiziehung von Experten auszuarbeiten und dem Gemeinderat bis zur Sitzung im Juni 2010 vorzulegen.

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Grosz:** Bitte? Noch einmal, messen Sie das Kunsthaus ab, Frau Vizebürgermeisterin und Sie werden zwischen dem Kunsthaus als Gebäuden, dem Kunsthaus in seiner Gestaltung kaum Ähnlichkeiten finden mit einer Moschee mit einem Minarett von 40 Meter Höhe, und vor allem der Unterschied ist auch der, in der Moschee haben auch wir als zivilisierte Rechtsgesellschaft das Problem, dass auf Grund von extremistischen Strömungen eine Unterwanderung unsere Demokratie stattfindet. Eines ist schon klarzustellen, ich bekenne mich zum säkularen Staat wie

viele andere auch, gebt dem Kaiser was des Kaisers ist und gebt Gott auch was Gottes ist, das ist der Grundsatz des säkularisierten Systems, dass die Demokratie und die rechtsstaatlichen Einrichtungen so zu entscheiden haben und sich untereinander nicht in Glaubensentscheidungen einzumischen haben, aber das sollte uns nicht daran hindern, Österreich oder Mitteleuropa auch vor den Tänden zu schützen, die die Demokratie und das Staatsgefüge der Religion untergeordnet sehen. Die Demokratie ist für mich immer übergeordnet, wir haben aber beim Islamismus natürlich das Problem, dass der Islamismus eine demokratische Staatsordnung nicht anerkennt und auch demokratische Gesetze nicht anerkennt und das verschwundene Mädchen aus der Mur, brauche ich jetzt nicht weiterdiskutieren oder UNICEF-Schwester, die umgebracht worden ist vor zwei Jahren, nur weil das Oberhaupt meiner Glaubensgemeinschaft seine Heiligkeit Pabst Benedikt eine Rede gehalten hat, und diese Rede konnte man offenbar nicht akzeptieren und bringt dafür mit Terroristen eine UNICEF-Schwester um, also Entschuldigung, noch einmal, dass das mit Liebe, Glaube und Hoffnung nicht viel zu tun hat, sollte ja selbst dem letzten Grünen doch einleuchten. Dass das vielleicht nicht unbedingt so eine gängige Staatsform ist, das Umbringen und Schädeleinschlagen nach Hammurapi und im Alten Testament vielleicht nicht unserer Lehre des friedlichen Miteinanders entspricht, daher wollen wir es nicht, daher fragen wir nicht, daher brauchen wir da auch keine komischen Enqueten, damit wir den blauen Wahlkampf irgendwie anheizen, sondern wir brauchen eine Feststellung, die es durchaus vor zweieinhalb Jahren, sie ist im Übrigen auch verfassungskonform, die es auch in Kärnten im Landtag immerhin zum Rechtsbestand geschafft hat, damals vor zwei Jahren durch den verstorbenen Landeshauptmann Jörg Haider eingebracht und seitdem hast du dort überhaupt kein Problem mehr und auch keine Diskussion mehr und es gibt selbstverständlich auch islamische Gebetshäuser auch in Kärnten, aber wir haben nicht diese leidige Diskussion, die dann tatsächlich wie in der Schweiz zu einer Radikalisierung der Gesellschaft geführt hat, das will ich nicht, wollen Sie es wirklich? Wollen Sie einen schneidigen Wahlkampf der FPÖ mit dem Segert haben, wollen Sie vielleicht eine Volksbefragung haben, na, wollen Sie es haben? Na, sagen Sie es doch, wenn Sie es haben wollen, dann melden Sie sich beim Herrn Frühstücksdirektor als Wahlkampfhelfer an und damit hat sich die Geschichte. Ansonsten würde ich eher sagen, bleiben wir auf dem Weg der Sachlichkeit, auch der Vernunft, stimmen Sie

diesem Antrag zu, beschränken wir und verfestigen wir und verschärfen wir auch unsere Bauordnung, unsere ortsbildschützerische Tätigkeit, für die wir zuständig sind und tun wir uns da nicht in ideologische Debatten verdockeln, wo es de facto niemals Sieger gibt. Außerdem über Religionen, sage ich auch ganz ehrlich, über Religionen eignet es sich sowieso nie in der Politik zu diskutieren, das ist immer grundsätzlich ein falscher Weg und man sollte auch mit solchen Geschichten keinen Wahlkampf machen, das Problem ist permanent, das Problem ist da und daher sollten wir es hier mit einem einfachen Beschluss wegbringen und damit gibt es auch keine Moschee und keine Minarette in Graz, und das ist der Weg des BZÖ. Ich danke Ihnen (*Applaus BZÖ*).

Zwischenruf GRin. Binder: Ihr seid auch nicht besser.

Bürgermeisterstellvertreterin Rucker übernimmt um 17.35 Uhr den Vorsitz.

Bgm. Mag. **Nagl**: Meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen der Stadtregierung, hoher Gemeinderat, aber vor allem liebe Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Galerie! Vor allem jene, die aus der Schule heute da sind, ihr werdet da jetzt Zeuge einer ganz, ganz wichtigen Diskussion im Grazer Gemeinderat und ich möchte versuchen, auf diese beiden dringlichen Anträge aus meiner Sicht eine richtige Antwort zu geben. Die Landeshauptstadt Graz hat im Gegensatz zu vielen anderen Nationen, Regionen und Städten immer ganz stark versucht, den religiösen Dialog aller Glaubensgemeinschaften zu leben. Wir haben einen Religionskreis, in der alle anerkannten Religionsgemeinschaften unterstützend für uns da sind und ich ersuche alle Parteien, im Speziellen auch die beiden, die heute einen solchen Antrag hier gestellt haben, eine politische Bedeutungslosigkeit nicht wegmachen zu wollen, indem wir Menschen gegeneinander aufbringen, sondern dass wir von solchen Diskussionen und Wahlkampfüberlegungen und Einladungen von Schweizer

Minarett-Spezialisten wieder Abstand nehmen in unserer Stadt (*Applaus, ÖVP, SPÖ, KPÖ und Grüne*). In unserer Stadt, die über die Grenzen hinaus bekannt ist für den interreligiösen Dialog, in dem die erste europäische Imame-Konferenz im Rahmen des Kulturhauptstadt Jahres 2003 stattgefunden hat mit wertvollen Dokumenten. Wollen wir dieses Auseinanderdividieren der Grazerinnen und Grazer nicht haben, weil wir keine Verhältnisse haben wollen, wie sie in anderen Städten durchaus zwischendurch schon aufgeflammt sind. Jetzt konkret, wie schaut es denn aus mit dem Islam in Österreich und in unserer Stadt? Der Islam ist in Österreich seit 1912 eine anerkannte Religionsgemeinschaft; der Hintergrund war das sehr kaisertreue Engagement der Bosniaken in der österreichisch-ungarischen Armee. Kaiser Franz Josef ließ noch 1914 400.000 Kronen als Unterstützung für den Bau einer Moschee in Wien reservieren. Durch den Ausbruch des Ersten Weltkrieges wurden diese Pläne aber obsolet. In Graz gab es bis 1990 einen relativ kleinen muslimischen Anteil an der Bevölkerung, lediglich zirka 2000, vor allem türkische Gastarbeiter und arabische Zeitungsverkäufer. Die rund 800 Perser, die nach dem Sturz des Schah nach Graz gekommen sind, sind Bahai oder gehören der Bahai-Religion an. Durch den Krieg, durch den scheußlichen Krieg im ehemaligen Jugoslawien kamen zwischen 1992 und 1995 rund 15.000 Flüchtlinge in die Steiermark, der Großteil mit muslimischem Glauben. Wir haben sie aufgenommen, rund 12.000 sind geblieben. Da sie aus einem kommunistischen Land gekommen sind, ist für den größten Teil von ihnen der säkulare Staat eine Selbstverständlichkeit. Das gilt im Übrigen auch für die meisten Türken. Schätzungsweise leben in Graz rund 13.000 Muslime, sie sind also von der Zahl in etwa so viele, wie der Anteil der evangelischen Christen hier ausmacht. Wir haben zum Jahresende die Zahlen erhoben, wir haben in Graz 57 % Katholiken, wir haben zur Zeit 28 % der Menschen in Graz ohne Bekenntnis, 6 % Muslime, 5 % Evangelische und alle übrigen Religionen, es sind, wie Sie gelesen haben vor wenigen Tagen, 60 Religionsgemeinschaften in unserer Stadt, Menschen, die über 160 Nationen angehören, brauchen die restlichen Prozentteile aus, ob das dann Kopten, Buddhisten oder andere Religionen sind. Es gibt leider keinen wirklich autorisierten Ansprechpartner in der Gemeinschaft, das war im Vortrag vom Herrn Sippel durchaus eine richtige Darstellung, keinen Ansprechpartner, der sehr leicht für alle sprechen kann, da es sehr stark von der nationalen Herkunft herrührt, in welchem Gebetsraum man zum Beten geht. Die größte Gruppe, die Bosniaken, haben mit Dipl.-Ing. Emir Sertarewitsch, er ist Entwicklungsleiter von AMS in

Unterpremstätten, einen jungen Vorsitzenden, der bereits in Graz maturiert und auch hier studiert hat. Seine Gattin ist gewählte Vertreterin unserem MigrantInnenbeirat. Er vertritt die Bosniaken, die sich zurzeit in einem Zentrum in der Hans-Gross-Gasse treffen. In Graz gibt es daneben zwei kleine bosniakische Gruppen mit rund 80 Personen, die sich mit arabischen Muslimen zusammengeschlossen haben und sich im Gebetsraum beim Schlachthof treffen. Die zweitgrößte Gruppe sind die Türken, sie haben seit zwei Jahren einen bereits in Vorarlberg geborenen Imam, Herrn Feszig Karatas, er leitet die größte Gemeinde in der Josef-Huber-Gasse. Daneben gibt es einige kleinere türkische Kulturtreffs. Die arabischstämmigen Muslime spielen in Graz zahlenmäßig kaum eine Rolle, die Muslime aus Tschetschenien sind noch nicht in einem Verein organisiert. Zwei Gruppen haben zurzeit Baupläne, die Bosniaken aus der Hans-Gross-Gasse und die Türken aus der Josef-Huber-Gasse. Die Bosniaken wollen ein Kulturzentrum in der Herrgottwiesgasse errichten, die Türken ein Kulturzentrum mit Gebetsraum, Studentenheim in der Lazarettgasse. Beide haben sofort den Kontakt zur Stadt gesucht und beide lassen sich gerne durch einen Bauwettbewerb, den die Stadt koordiniert, anleiten. Sie sind aktiv auf die Stadt zugekommen und legen auch die Art und Weise, wie gebaut wird, in unsere Hände. Daher dürfen die Bauwerke an sich keine schwierigen Projekte werden. Ich war vergangenes Jahr in Rumänien und war dabei, als die orthodoxe Kirche dort kurz vor der Eröffnung fertiggestellt war und wir durften sie besuchen. Sie wurde 1 : 1 wiederhergestellt, so wie sie im Zweiten Weltkrieg zerstört wurde. Die einzige Änderung war, dass die orthodoxen Christen einen höheren Turm gebaut haben, damit er höher ist als der der katholischen Kirche. Es ist anscheinend unter den Religionsgemeinschaften ein immenser Wettbewerb weltweit immer schon ausgerufen worden, wer denn näher bei unserem Herrgott tatsächlich ist, wir haben sie verdoppelt. Das Grundsätzliche, und gerade wenn die FPÖ eine Enquete und Informationen und eine Diskussion wünscht, das hier ist heute öffentlich, die Möglichkeit und ich glaube, es ist gut, dass heute einmal alle informiert werden, weil es viel zu viele gibt, die sich nicht informieren, die mit unseren Muslimen in dieser Stadt nicht kommunizieren, die nicht wissen, welche wertvollen Mitglieder unserer Gesellschaft wir bereits hier in dieser Stadt haben und das ist einmal deutlich auszudrücken (*Applaus ÖVP, SPÖ, KPÖ und Grüne*). Meine geschätzten Damen und Herren, man kann politisch mit Feindbildern, Symbolen und Propaganda agieren oder man kann den Grazer Weg gehen, der Wir-Gefühle, Dialog, sachliche Bildung

und sachliche Informationen einfordert und auch lebt. Ich will heute ganz bewusst die Bilder, die wir alle zum Thema Moscheebau in Österreich und in Europa haben, einmal klarstellen. Viele Menschen fürchten, dass unterstützt von der saudiarabisch-islamischen Welt in Graz plötzlich eine Moschee entsteht, wie wir sie aus dem saudiarabischen Raum kennen. Die große Kuppel, die vielen Minarette, der Muezzin, das sind alles Bilder, die sehr, sehr oft in unseren Medien dargestellt werden und die auch die FPÖ und auch das BZÖ sehr, sehr oft weitergibt. Ihr transportiert diese Bilder und deswegen will ich heute das Bild korrigieren und ich hoffe...

Zwischenruf unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Es wird ganz einfach sein, du musst kommunizieren auch mit den Menschen, dann würdest du es erfahren. Ich will heute dieses Bild korrigieren und ich werde das jetzt klarstellen. Im Moment sind unsere Religionsgemeinschaften, von denen wir jetzt gesprochen haben, dabei, mit Spendenaufrufen und Spendenlisten hier regional das Geld aufzutreiben und Projekte zu verwirklichen. Liebe Mitglieder der freiheitlichen Partei, die ihr damit im Landtagswahlkampf punkten wollt, ich hoffe wirklich, dass das Bild, das ich jetzt herzeigen werde, heute und morgen und in den nächsten Wochen allen Grazerinnen und Grazern gezeigt wird, die großen Bauten sind bereits zum Teil eingereicht. In dem Fall zeige ich jetzt jenes Gebäude her, das ihr so bekämpfen wolltet, das ist jenes Gebäude, das die türkische Gemeinschaft bereits im Bauamt vorgeschlagen und eingereicht hat. Ich darf es heute hier herzeigen, ich will das hier ganz konkret tun, du sollst das einmal sehen (*Applaus ÖVP, SPÖ, KPÖ und Grüne*). Das soll die Angst erregende Moschee sein? Jene Christen, die sich das Bild anschauen, mögen, wenn sie dieses Bild sehen, an folgendes denken: Zurzeit gibt es elf Gebetsräume, oft werden noch viel mehr zitiert, es sind elf, und ich weiß nicht, welchen Menschen es zumutbar sein soll, dass man immer im Hinterhof und in den schlimmsten Räumen, die es gibt, das Gebet verrichten soll. Das ist ein Wohnhaus mit Satteldach, wie es bei uns im städtischen Wohnbau permanent da ist. Im Erdgeschoss gibt es die Gebetsräumlichkeiten,

darüber sollen Studentenwohnungen errichtet werden, über das reden wir im Moment und ich glaube es ist wichtig, einmal allen Menschen zu erzählen, das ist das, was hier geplant ist; die Bosnier, die das Geld noch nicht parat haben, noch kein Grundstück gekauft haben, wollen aber mit uns einen städtebaulichen Wettbewerb machen, wo wir auch einmal zeigen können, wie ein Moscheebau, wie ein Kulturzentrum, wie ein Gebetsraum ausschauen kann ohne dass wir da gegeneinander losgehen und dass wir miteinander in dieser Stadt auch weiterhin friedlich leben, das ist einmal ein wichtiger Punkt (*Applaus ÖVP, SPÖ, KPÖ und Grüne*). Was ist Dialog überhaupt? Es geht um den Dialog, Dialog zwischen Muslimen und Christen ist ein Gespräch, bei dem es um Wahrheit und um die Macht Gottes geht, also nicht um die Macht einer Religion und selbstverständlich gibt es in allen Religionen fundamentalistische Kräfte und gegen die muss man vorgehen, noch dazu, wenn sie vielleicht auch terroristischen Netzwerken angehören, hat aber nichts mit den Menschen zu tun, die hier bei uns bemüht sind, einen solchen Gebetsraum zu errichten. Dialog ist davon überzeugt, dass Gott unsere Mitwirkung nicht nötig hat, um seinen Willen durchzusetzen, dass man mit dem uns aufgetragenen Wettbewerb vielmehr testen will, wieweit wir bereit sind, uns ihm zuliebe anzustrengen, ist vielleicht ein sehr schöner Satz, den ich heute auch anbringen möchte. Und last but not least noch zum wunderbaren Antrag des BZÖ, weil der Herr Kollege Grosz hier rechtlich etwas vorgeschlagen hat, was nicht machbar ist. Ich möchte das vorlesen, weil ich es prüfen habe lassen und es ist nicht unwichtig, dass Sie das wissen. Dem genannten Antrag scheint ein grundsätzliches Fehlverständnis der Rechtslage sowohl auf einfach gesetzlicher als auch verfassungsrechtlicher Ebene mit dem Ergebnis zugrunde zu liegen, dass jedem rechtsstaatlichen Organ der Republik Österreich und somit auch dem Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz der Beschluss einer derartigen Verordnung als erkennbar mehrfach rechtswidrig untersagt wäre. Demgemäß entbehrlich ist auch die Ausarbeitung eines Entwurfes für ein Verbot von Bauten, welche auf Grund ihrer außergewöhnlichen Architektur oder Größe von der örtlichen Bautradition wesentlich abweichen ohne, dass es hierfür eine vorherige Beiziehung von Experten bedürfte, da zum einen die Begründung der befürchteten möglichen Verletzung des Grazer Ortsbildes und die nachhaltige Schädigung unserer Baukultur durch den Bau von weiteren überdimensionalen Sakralbauten durch den Bezug auf Moscheen, Minarette und damit dem Islam als Religion abstellt, was dem verfassungsrechtlich

gewährleisteten Grundrecht auf Religionsfreiheit widerspricht, woran zum anderen auch die den Religionsbegriff vermeidende Umschreibung „in gestalterischer Hinsicht“ nicht zu ändern vermag. Die Prüfung schönheitlicher Rücksichten, Herr Grosz, ist vom Gesetzgeber den baurechtlichen Bewilligungsverfahren unter allfälliger Einbeziehung der Bestimmungen des Grazer Altstadterhaltungsgesetzes vorbehalten und demgemäß rechtens nicht außerhalb der genannten Verfahren abhandelbar. Die Absurdität der Forderung, ohne die aus den genannten Gründen absolut unzulässige Einschränkung auf Sakralbauten aus der möglichen Verletzung des Grazer Ortsbildes durch Größe und Baustil dominant in Erscheinung tretender und damit von der örtlichen Bautradition wesentlich abweichenden Objekte ein Bewilligungsverbot ableiten zu wollen, wird dann am Kunsthaus offenkundig. Es wird daher weiterhin die Sache des Baubewilligungsverfahrens sein, unter Beachtung ausschließlich städtebaulicher und/oder altstadtrechtlicher Gesichtspunkte völlig unabhängig vom Verwendungszweck zu prüfen, ob der Erteilung einer Baubewilligung Belange der Straßen-, Orts- und Landschaftsbildes bei im Anwendungsbereich des Grazer Altstadterhaltungsgesetzes situierten Bauvorhaben das Einfügungsgebot entgegensteht oder nicht. Dies ist die offizielle Mitteilung unserer Bau- und Anlagenbehörde, damit hier überrechtliche Belange nicht wieder spekuliert werden kann. So, das ist einmal eine ganz, ganz wichtige Mitteilung und, meine Damen und Herren, es ist gut, wenn endlich Informationen über diese geplanten Bauvorhaben an alle Grazerinnen und Grazer gehen, damit niemand politisches Kleingeld wechseln kann (*Applaus ÖVP, SPÖ, KPÖ und Grüne*). Wir haben unsere muslimischen Glaubengemeinschaften eingeladen, ihre Projekte persönlich vorzustellen, sie werden das noch im Monat Mai tun, ich glaube, der Termin ist der 28. Mai, es können sich dann alle politischen Vertreter, alle Grazerinnen und Grazer selbst ein Bild machen, das halte ich noch für viel, viel wichtiger als alle Pro- oder Kontrareden, die heute da sind. Ich hoffe damit, dieses Schreckgespenst, das politisch immer wieder hier hochgezogen wird, sehr, sehr deutlich beantwortet zu haben, und deswegen wird die ÖVP weder der Dringlichkeit noch dem Inhalt beider Anträge zustimmen (*Applaus ÖVP, SPÖ, KPÖ und Grüne*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 17.50 Uhr den Vorsitz.

Bgm. Mag. **Nagl**: Zur Geschäftsordnung, Herr Gemeinderat Grosz. Ich möchte nur anmerken, falls es sich um die Redezeit handeln sollte, haben wir zwei dringliche Anträge, deswegen gibt es auch die doppelte Redezeit.

GR. **Grosz** zur Geschäftsordnung: Herr Bürgermeister, zur Geschäftsordnung. Ich meine, Sie haben am Anfang über 1912, den Kaiser gesprochen, wie er quasi die Religionsfreiheit eingeführt hat und sind dann offenbar in monarchistische Züge verfallen. Um den Hinweis auf die Redezeit, die sie nach zehn Minuten genauso beendet haben, wie bei jedem anderen Redner, zu sagen, die habe ich jetzt verdoppelt, Herr Bürgermeister, ich darf wirklich darauf aufmerksam machen, die Verdoppelung der Redezeit in der Geschäftsordnung obliegt Beschluss dem Gemeinderat. Überhaupt kein Problem, können wir darüber diskutieren, gleiches Recht für alle und wenn Sie jetzt sagen, die zwei Anträge werden behandelt, dann nehmen wir selbstverständlich auch als BZÖ noch einmal im Zuge dieser Debatte in Anspruch, zehn Minuten zum Antrag des Herrn Kollegen Sippel zu sprechen und auch die FPÖ selbstverständlich noch einmal zehn Minuten zum Antrag des BZÖ zu sprechen. Wenn das geklärt ist, dann sind die 20 Minuten, ich habe sie verdoppelt, von mir kein Problem, gleiches Recht für alle, auch wenn die Methode eine ziemlich kuriose ist (*Applaus BZÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Vielleicht relativ einfach, es ist klar gesagt worden, dass wir es so handhaben wollen, dass die Redezeit verdoppelt ist und selbstverständlich steht auch der freiheitlichen Partei und dem BZÖ, auch durch den Antrag und durch das Schlusswort, schon die doppelte Redezeit zur Verfügung. Mir ist es ja nur wichtig, dass auch einmal das gesagt wird zum Inhalt, was gesagt werden muss, Schreckgespenst bitte weg, kehren wir zurück zum Dialog mit den

Glaubensgemeinschaften in dieser Stadt und zeigen wir allen Menschen, welche sogenannte Moschee, welcher Gebetsraum, welche Gebäude in Graz errichtet werden. Dann haben wir wahrscheinlich auch gar kein Problem mit den Bürgerinnen und Bürgern, die besorgt sind, weil ihnen immer dauernd etwas anderes vorgehalten wird.

GRin. **Binder:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! Wessen Land dessen Religion, so hat es geheißen im erzkatholischen Habsburger Reich. Wo sich die Katholiken oder ihre Dominanz nicht nehmen lassen wollten durch den Bau von protestantischen Kirchen und Kirchtürmen, das war nämlich auch lange Zeit verboten, dann wurde es ermöglicht, dass protestantische Kirchen mit Kirchtürmen gebaut werden dürfen, aber die durften wieder nicht so hoch sein wie die katholischen Kirchen und dieser Begriff, wessen Land dessen Religion, ist mir jetzt wieder so klar geworden. Denn ich bin zum Teil sprachlos über die Form des Moscheenbaus, der heute vorgestellt wurde, ich bin sprachlos. Was hat das mit einem Sakralbau zu tun, mit dem wir doch immer wieder auch, wenn man auf Urlaub fährt usw. in arabische Länder, in die Türkei etc. nach Bosnien, wie wir diese Moscheen kennen, dieser Bau ist für mich ein kahler, kalter Bau, das könnte sein ein Bankgebäude, ein Einkaufszentrum, irgendein anderer Bau, der aber mit nichts auch nur irgendetwas ausstrahlt, das gläubige Menschen suchen. Ich gebe zu, ich gehöre keiner Religionsgemeinschaft an, weder einer anerkannten noch einer nicht anerkannten, aber eines können Sie mir glauben, ich respektiere, wenn gläubige Menschen einen Ort brauchen, und dieses Recht haben sie, auch vom Islamgesetz her in Österreich, einen Ort brauchen, in dem sie ihre Gebete verrichten können, indem sie nahe Gott sein können, wie der Herr Bürgermeister ausgeführt hat und ich habe überhaupt kein Problem mit einer Moschee, die ein Minarett hat und zwar nicht so wie in Telvs oder in Bad Vöslau, wo die Muslime selber sich schon nicht mehr trauen, ein wirklich sichtbares Minarett zu bauen, weil sie schon so plattgemacht sind, und mir ist der Begriff Assimilation wieder eingefallen. Ein sakraler Bau drückt das Selbstbewusstsein einer Religionsgemeinschaft aus, ein sakraler Bau drückt die Identität einer Religionsgemeinschaft aus, auch der Selbstverständlichkeit und da gehört für mich

sehr viel Respekt dazu. Und wenn heute die islamische Religionsgemeinschaft sagt, plant ihr, liebe Grazer und Grazerinnen, beziehungsweise an die Politik gerichtet, plant ihr, wir mischen uns da gar nicht ein, ja um Gottes Willen, ich meine, wie weit sind wir denn?

Zwischenrufe unverständlich.

GRin. **Binder:** Ihr habt dann die Möglichkeit, das dann zu widerlegen, ich habe es so interpretiert, muss nicht unbedingt jetzt stimmen, aber ich habe es so gehört, dass sie bereit sind, sozusagen nicht selber zu planen, sondern planen zu lassen, um ja nicht aufzufallen. Zu den zwei Anträgen jetzt von FPÖ und dem BZÖ. Da wird ständig alles Mögliche vermischt, Islamismus wird vermischt mit Islam, dabei wird überhaupt nicht gesagt, dass es im Islamismus eigentlich ganz widersprüchliche Strömungen gibt, Fundamentalisten auf der einen Seite, viele dazwischen und auch jene Strömungen, die mit Fundamentalismus überhaupt nichts zu tun haben. Aber es ist natürlich notwendig, dass man sich mit dem einmal auseinandersetzt. Dass der Islam eine anerkannte Religionsgemeinschaft ist, haben wir gehört, aber was noch viel mehr wiegt, ihre Anträge richten sich gegen unsere Verfassung, ihre Anträge richten sich gegen die europäische Menschenrechtskonvention, wo die Religionsfreiheit ausgewiesen ist, und die europäische Menschenrechtskonvention hat bei uns Verfassungsrang und Sie treten das mit Füßen. Politisch stagnieren Sie, politisch gehen Sie zurück, worauf greifen Sie jetzt zurück, auf Hetze, auf Hass, das ist Ihre Kultur, von der der Herr Grosz auch gesprochen hat, ein Kulturland, wo man auseinanderdividieren, wo wir hetzen usw. Diese Kultur, die Sie meinen, ist Gott sei Dank nicht die Kultur der Mehrheit und das ist gut so und das sollen Sie wissen, denn wer Wind sät, wird Sturm ernten und ich hoffe, der bläst Ihnen ganz, ganz heftig ins Gesicht und wird Sie irgendwann in nächster Zeit auch umblasen (*Applaus Grüne*). Zum Herrn Sippel, der den FPÖ-Antrag einbringt und sagt, er will ja nur eine ausgewogene Diskussion, zuerst will er eine Information, dann will er eine ausgewogene Diskussion. Ich möchte Ihnen sagen, wie der Herr Sippel eigentlich

ausgewogen diskutiert in einem Ausschuss. Letzter Ausschuss für Integration und Menschenrechte, da ging es darum, was hier mehrheitlich im Gemeinderat beschlossen wurde, auch zu konkretisieren; zum Beispiel, dass ausländische Studierende, die hier fertig gemacht haben, auch die Möglichkeit haben sollten, hier ansuchen zu können, um arbeiten zu können. Der Herr Sippel sagt, ja das will er so nicht, weil die nehmen ja den österreichischen Studierenden die Arbeitsplätze weg, man hat versucht, Ihnen, Herr Sippel, klarzumachen, dass das überhaupt nicht der Fall sein wird, dann haben Sie gar kein Argument mehr gehabt, ich stimme trotzdem dagegen. Die sachliche Diskussion, die wollen wir uns sparen mit Ihnen, die Sie ja überhaupt nicht durchführen können und als letztes, ja, die Grünen sind für einen respektvollen Umgang mit Religionsgemeinschaften und die Grünen stehen zu der Möglichkeit, dass auch die Muslime und Musliminnen ihren Sakralbau auch nach ihren Bedürfnissen und nicht an den assimilierten unterdrückten Bedürfnissen bauen können und mit Stolz, und da gibt es keine Verschandelung des Ortsbildes deswegen. Da kenne ich ganz andere Beispiele, wo ich mir denke, na verdammt, also das und das müsste man eigentlich abreißen, weil das verschandelt eigentlich das Ortsbild in Graz oder irgendwo in der Steiermark. Aber da hängt ihr euch plötzlich hinaus und sagt, das verschandelt das Ortsbild, also soviel Respektlosigkeit habe ich ganz lange da herinnen schon nicht mehr erlebt, selbstverständlich werden wir den Antrag der beiden Herren nicht unterstützen (*Applaus Grüne*).

GR. **Herper:** Herr Bürgermeister! Unseren großen Respekt vor Ihrer Stellungnahme, ich glaube, das war äußerst redlich, wichtig zu dieser Stunde. Klare Verhältnisse zu schaffen auch im Hinblick auf die in einem halben Jahr stattfindende Landtagswahl, aber auch schon in Perspektive auf die Gemeinderatswahl 2013. Denn das, was heute gesagt wird in dieser Stunde oder von einer Mehrheit hier im Gemeinderat getragen wird, muss auch halten in den nächsten Wochen und Monaten und nächsten Jahren, nämlich diese Stabilität der Vernunft, diese Stabilität der menschlichen Größe, des Umganges, der Toleranz, der Integrationsnotwendigkeit, des Verständnisses miteinander und des Respekts vor dem religiösen Gedanken anderer Menschen und den Gefühlen. Mario Eustacchio ist nicht mehr im Saal, aber

ich habe mich sehr gewundert, ich habe ihn immer als einen sehr nüchternen, einen sehr gewandten Kommunalpolitiker eingeschätzt...

Zwischenruf GR. Grosz: So kann man sich täuschen.

GR. **Herper:** ...aber dieser Mangel an religiösem Respekt hat mir wehgetan. So sollten wir miteinander nicht umgehen, ich respektiere ihn, seine Meinung, auch seine persönlichen Glauben, seine Ansichten, und den Respekt erwarte ich auch gegenseitig und das gilt für Menschen, die hier leben, das gilt für Menschen, die zu uns kommen, die geflüchtet sind, die hier integriert sind, die hier arbeiten und hier seit Jahren leben, diesen Respekt wünschen wir uns alle (*Applaus SPÖ*). Wir SozialdemokratInnen mit Wolfgang Riedler an der Spitze stehen in einer Tradition von Altbürgermeister Alfred Stingl, der gemeinsam mit Helmut Strobl und einer großen Mehrheit hier im Gemeinderat immer in Form eines Konsenses Einrichtungen geschaffen hat, die heute noch diese gemeinsamen Gedanken der dialogischen Form des Umganges miteinander, der Partnerschaft auch mit Menschen, die zu uns kommen, die zu uns geflüchtet sind, die wir hier gerne aufgenommen haben, die wir hier betreuen in kirchlichen und kirchennahen Einrichtungen, Einrichtungen der öffentlichen Hand geschaffen hat, von denen wir heute noch wesentlich eine Plattform leben und sie auch leben wollen, ob das das Büro für Frieden und Entwicklung ist, ob das der Migrantinnen-/Migrantenbeirat ist, ob das der Menschenrechtsbeirat ist, eine Tradition, die dann mit Siegfried Nagl Fortsetzung gefunden hat. Ich glaube, diese Tradition ist beispielgebend für Graz und die zweitgrößte Stadt Österreichs und hat uns die Auszeichnung gebracht, Menschenrechtsstadt Europas zu sein, erste Menschenrechtsstadt Europas zu sein und diese auch zu leben. Und wenn wir jetzt die Städtekoalition gegen Rassismus konsequent weiterführen wollen und weiterführen müssen, dann müssen wir dies auch in der Praxis tun. Und diese Form, wie wir jetzt Stellung nehmen ist eine gelebte Form der Koalition gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Es ist klar, dass politische Parteien, die FPÖ und das BZÖ versuchen, vorhandene Ängste auch

berechtigte Skepsis, auch begründete Form von Unsicherheit in Stadtvierteln, in Gebieten, in Wohnräumen, auszunutzen, zu spalten, aufzuhetzen und Menschen gegeneinander aufzubringen. Wir sollten mit dem heutigen Tag eine gemeinsame Absage sagen, eine gemeinsame Absage, nicht dieses Spiel aufzunehmen, das nur ein politisches Spiel ist, ein Benutzen von Menschen auf Kosten anderer Menschen. Und dies ist ein deutliches Zeichen und ich wäre stolz, wenn es diese Mehrheit fände und ich gehe davon aus, dass eine Mehrheit auch den beiden dringlichen Anträgen die Dringlichkeit versagen wird. Zum Dringlichen nämlich des BZÖ, ich verweise nur darauf, dass hier die angesprochene mögliche Verletzung des Grazer Ortsbildes und die nachhaltige Schädigung unserer Baukultur durch den Bau von weiteren überdimensionalen Sakralbauten, so wie es zitiert ist, schon jetzt das Steiermärkische Baugesetz in der bestehenden Fassung ausreichend Vorsorge getroffen hat und zwar im § 43 des Baugesetzes, das in seiner gestalterischen Bedeutung dem Straßenortsbild und Landschaftsbild gerecht zu werden hat. Also ist der Antrag inhaltlich ins Leere gehend, er ist auf Grund der bereits bestehenden Gesetzeslage entbehrlich und er widerspricht unserer Verfassung, vor allem die angesprochene Menschenrechtskonvention, die auch die Sigi Binder angesprochen hat. Weil sie stellt nämlich eine unterschiedliche Behandlung von Minaretten, Moscheen und anderen, besonders christlichen Kirchen, eine mittelbare Diskriminierung dar. Ich kann dem Gerald Grosz entsprechende Literaturhinweise geben, er kann nachlesen bei Stefan Greimel „Sind Bauverbote für Minaretten zulässig?“ im Juridikum Nummer 3/2007. Ich kann ihm die Margit Ammer – Kerstin Buchinger empfehlen „Die Moscheen- und Minarettdebatte aus grundrechtlicher Sicht“, damit er sich entweder auf eine vernünftige, rechtliche Basis begibt und nicht in Form einer Emotionalisierung und einer schädlichen Form der Aufhetzung hier weiterhin seine entsprechenden Polemiken anbringt. In diesem Sinne appelliere ich noch einmal, halten wir diese Grazer Tradition aufrecht, auch in den nächsten Wochen und Monaten, schwanken wir nicht, auch nach der Landtagswahl gibt es eine neuerliche politische Wahl, bleiben wir bei unserer Linie, die eine gerechte, menschenwürdige und uns Gemeindemandatarinnen und -mandatäre würdige Form ist, wie wir mit anderen Menschen umgehen. Danke (*Applaus SPÖ*).

StRin. **Kahr:** Ich gehöre zu den 28 %, die ohne Bekenntnis sind, aber ich kann genauso wie Sigi Binder nur unterstreichen, dass es für mich selbstverständlich ist, jeden Gläubigen, egal welcher Konfession er angehört, zu respektieren, ich bin so erzogen worden und vor allem entspricht es meiner Weltanschauung, dass jeder Mensch, egal von wo er herkommt, als Mensch zu behandeln ist. Nur das ist für mich ausschlaggebend. Man darf es sich aber auch nicht so einfach machen, der Gedanke der FPÖ, Information zu erhalten, ich möchte jetzt nicht hinterfragen, was der wirkliche Grund ist, aber prinzipiell ist Information nie etwas Negatives, diese haben wir aber heute, und darüber bin ich auch sehr, sehr froh, vom Herrn Bürgermeister erhalten, was tatsächlich die Absicht über den geplanten Moscheebau ist, das reicht für uns und deshalb werden wir der Dringlichkeit und dem Antrag auch nicht unsere Zustimmung geben, weil wir sie jetzt nicht für notwendig erachten und ich freue mich selbst schon auf die Möglichkeit, am 28., am Tag der offenen Tür, hier Möglichkeiten der Begegnungen mit diesen Gruppen zu haben. Aber ich möchte schon noch auf eines aufmerksam machen. Wenn wir diese Diskussion weiter führen, dann ist eines ganz klar, wir müssen Antworten finden, die soziale Situation in unserer Stadt zu verbessern und zwar für alle, egal welcher Religionsgruppe und von welchem Land die Menschen herkommen. Wenn wir nicht dafür eintreten, dass die Menschen eine Arbeit haben, eine Arbeit haben, von der sie auch leben können, dann gelingt es sehr leicht, das politisch auszunützen und auf Nebengleise die Menschen zu führen, das ist nicht neu, das ist so alt wie die Geschichte der Menschheit. Wenn die Politik versagt im Sozialen, dann führt man diese Schauplätze eben auf nationaler Ebene und das haben sich leider auch sehr oft Religionsgemeinschaften auch zunutze gemacht, und da ist keine Religion auf dieser Welt ausgenommen. Danke (*Applaus KPÖ*).

GR. **Sippel:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Ich habe natürlich versucht und auch gehofft, dass das eine ganz sachliche Debatte wird. Sie haben es geschafft, vor allem die Kollegin Binder, aber auch Sie, Herr Bürgermeister, diese Debatte emotional aufzuladen. Gut, mir soll es recht sein, es ist ja auch in der Bevölkerung ein emotionales Thema, wir können das gerne auch emotional behandeln. Ich meine, Sie sprechen auch hier von einer Diskussion, die heute hier stattfinden soll. Tatsache

ist, Sie stellen uns vor vollendete Tatsachen, das ist anscheinend Ihre Interpretation von Diskussion. Ich glaube, das ist etwas, wo Sie uns den Spielball zuwerfen, damit zwingen Sie uns ja quasi auf, uns zu dem Anwalt der Bürger in dieser Frage zu machen. Wir werden die Bevölkerung informieren und hier auch weiter dafür kämpfen, dass in dieser wichtigen Frage der Bürger auch befragt wird (*Applaus FPÖ*). Und, Herr Bürgermeister, niemand in der FPÖ möchte die Gesellschaft spalten, das möchte ich Ihnen schon auch einmal sagen, wir wollen lediglich, dass die Gesellschaft und die Bürger gehört werden, nichts anderes, und diese Interpretation von wegen Hetze und Unterstellungen usw. ich kann es nicht mehr hören, ich kann Ihnen das schon einmal sagen und es wird hier in diesem Land anscheinend andauernd probiert. Es ist bei der Präsidentschaftskandidatin Rosenkranz nichts anderes, aber sie hat sich nicht knicken lassen und sie werden es auch nicht schaffen, dass sich die FPÖ Graz hier in irgendeiner Weise knicken lässt und diese Strategie wird hier nicht aufgehen. Und ich muss sagen, ich weiß nicht, wie Sie auf den Namen Segert kommen, ich habe das in meinem Antrag hier nicht drinnen, der Herr Segert ist jetzt nicht der Moscheenbeauftragte der FPÖ, der Herr Segert ist ein Wahlwerbeprofi aus der Schweiz, der uns im Landtagswahlkampf unterstützen wird, ganz einfach. Lassen Sie mich noch Folgendes sagen, und da erscheinen natürlich dann Vorhaben auch von Ihnen, Herr Bürgermeister, in einem ganz anderen Licht, ich denke hier zum Beispiel an City of Design, das ist ja genauso etwas, wo uns Moscheen übers Hintertürl mehr oder weniger aufgesetzt werden und diese Strategie haben wir erkannt, Sie haben davon gesprochen, eine Moschee mit Minarett darf es keine bekommen, aber sie muss in das Konzept des City of Design hineinpassen, das ist genau Ihre Strategie, wo Sie eine Moschee übers Hintertürl in dieser Stadt auch grundlegen möchten. Der Vorteil an dieser Gemeinderatssitzung ist, es wird wahrscheinlich, weil Sie sich einer Diskussion verweigern, in dieser Frage zu keiner Diskussion mehr kommen, die Katze ist aus dem Sack, ÖVP, SPÖ, Grüne und KPÖ sind diejenigen, die die Moschee in dieser Stadt ohne vorher die Bürger einzubinden, befürworten und wir Freiheitliche werden so wie bisher auch die kritische Position in dieser Frage vertreten (*Applaus FPÖ*). Und Herr Bürgermeister, kommen Sie bitte nicht immer mit dem Argument von 1912, die Gründe damals waren ganz andere, hier ist es genau darum gegangen, die solidarisch gesinnten Truppen in Bosnien an der Stange zu halten, deswegen hat man diese Religionsfreiheit eingeführt, davon lässt sich einfach nicht ableiten, es ist historisch

auch nicht zulässig, dass im Jahr 2010 in Graz Moscheen gebaut werden sollen. Also, das ist etwas, was hier in dieser Frage nicht zulässig ist. Aber um noch einmal auf meinen dringlichen Antrag zurückzukommen, mir kommt vor, es hat da herinnen keiner meinen dringlichen Antrag auch gelesen, wir wollen, und da muss ich auch in Richtung Grosz sprechen, wir sind natürlich auch für ein Bauverbot von Moscheen, aber uns greift diese Maßnahme zu kurz. Das ist ein Teil dieser ganzen Debatte. Wir wollen eine umfassende Diskussion, und auch Richtung Karl-Heinz Herper, was spricht dagegen, dass man den interreligiösen Beirat, den Menschenrechtsbeirat, den Migrantenbeirat hier einbindet? Gerade in dieser Frage sollte er gehört werden, weil das ist ja prädestiniert für solche Institutionen, hier auch ihr Wissen und ihren Wissensstand, die Informationen uns gegenüber einzubringen, ich glaube, das ist ja mehr als wie nur legitim. Und wir wollen eben diese umfassende Debatte führen, über die soziale Frage hier, auch die Ängste, will ich vielleicht nicht sagen, die Sorgen der Bevölkerung hören. Wir wollen die rechtliche Komponente angesprochen wissen. Wie schaut es aus mit Frauenrechten, die Grünen sind ja da immer so an erster Stelle, wenn es um Frauenrechte geht; mir ist bekannt und viele andere Kommentatoren können das auch immer wieder feststellen, dass es mit den Frauenrechten im Islam nicht soweit hergeholt ist und das ist etwas, was wir einfach diskutiert und behandelt wissen wollen, um nichts anderes geht es uns. Wir haben die Moschee hier auch kurz in einem Plan zumindest veranschaulicht. Aber es geht nicht um den Bau der Moschee alleine, es geht natürlich auch um die angeschlossene Infrastruktur und die Probleme, die sich damit ergeben. Es ist ein gewisser Fremdkörper in einem Bezirk oder sonst irgendwo, der natürlich auch andere Probleme mit sich bringt und da muss natürlich in einem ersten Schritt die Bevölkerung in dieser Frage aufgeklärt werden. Wie gesagt, meine Redezeit ist zu Ende, ich möchte noch einmal hier zusammenfassend sagen, wir Freiheitliche werden uns dieses Thema nicht wegnehmen lassen, wir werden die Bürger informieren, wir werden die Bürger aufklären in dieser Sache, wir werden uns zum Anwalt in dieser Frage machen und am Ende unseres Ansinnens steht nach wie vor eine Befragung der Bürger, die in dieser Frage entscheidend eingebunden werden sollen. Danke (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Der Herr Stadtrat Eustacchio hat um das Wort zur Dringlichkeit des BZÖ-Antrages ersucht.

StR. Mag. **Eustacchio**: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Logischerweise ist dieses Thema emotionell, gar keine Frage, weil hier verschiedene Ansichten aufeinanderprallen. Die sind gewaltig und da werden wir nie auf gleicher Ebene sein, das ist klar, wir werden Sie nicht überzeugen, Sie uns nicht, gar keine Frage. Ich mache mich auch nicht lustig, aber es war sehr pikant, dass heute der Herr Bürgermeister das Gremium dazu nützt, um hier seine Gedankengänge zu dem Ganzen darzustellen, ich glaube, dazu ist es an und für sich nicht da, nicht in der Dimension. 1912, kurz in die Vergangenheit, es ist ja schon gesagt worden, damals wurde der hanafitische Ritus dem Ganzen unterstellt, das ist das Wichtige, das ist nämlich ein ganz humaner Zugang zu diesem Thema zum Islam und genau der war relevant für damals und genau die Konferenz 2003, wo die Man Konferenz in Graz war, lehnt diesen hanafitischen Ritus ab, der ist zuwenig weitreichend, der ist zuwenig tiefgreifend gesellschaftlich und wenn man schon über die Historie reden, dann müssen wir ins Detail gehen, also bitte alle schlau machen, was da genau drinnen steht. Von den Bosniern ist gesprochen worden, Thomas, das weißt du sicherlich noch besser, die waren damals nämlich der Anlass für diese Gesetzgebung und die haben sich damals eben diesem hanafitischen Ritus unterworfen, die heute zu uns gekommen sind, sind aber eher sunnitischer Prägung, außer ich bin da ganz falsch. Und die haben doch einen radikaleren strengeren Zugang zu diesem Thema. Und worum es uns geht, es geht uns auch jetzt gar nicht um das Gebäude, wie das aussieht, weil du das so schön hergezeigt hast, es geht darum, dass eine Moschee nicht nur eine Kirche ist, wie wir es verstehen, sondern ein Kulturzentrum, dort wo ein Kulturzentrum, wo es darüber hinausgeht über die Religion, es geht in die Gesellschaft, es geht in die Politik, und ich habe im Islam nicht die Unterscheidung zwischen Staat, Kirche und Rechtssprechung, und die lehnen wir ab (*Applaus FPÖ*). Also es geht uns nicht um die Moscheediskussion, es geht uns um die Diskussion, ob wir da eine grundsätzliche Veränderung unseres Gesellschaftssystems zulassen wollen oder nicht, und wir wollen es nicht, Punkt aus (*Applaus FPÖ*).

GR. **Grosz:** Eigentlich war das ein so herzlich ernsthaftes Thema, der Kollege Sippel hat es selbst geschafft, das herunterzunudeln und eigentlich die Ernsthaftigkeit dieses Themas abzustechen. Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Die Frau Binder steht hier, ruft den Staatsnotstand aus, um mit mahnender Stimme den Untergang des Grazer Gemeinderates und der politischen Kultur zu predigen; mit ebenso mahnender Stimme und Tränen, die ihm senkrecht aus den Augen geschossen sind, steht Herr Herper, zu dieser Stunde ist es redlich, die Worte zu hören, also das Requiem aeternam auf seine eigene Partei gesprochen de facto...

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Da redet der Richtige.

GR. **Grosz:** ...und dann noch der Bürgermeister, der einen sachlichen Antrag des BZÖ auf die Gefahr hin, dass es Moscheen und Minarette gibt, damit zu argumentieren versucht, indem er das Modell eines vierstöckigen Mehrfamilienhauses von der Architektur her herzeigt und sagt, das ist jetzt die Moschee, vor der offenbar Gott und die Welt Angst hat. Herr Bürgermeister, glatte Themenverfehlung, das was Sie gezeigt haben, ist keine Moschee und das ist kein Minarett (*Applaus BZÖ*). Um den Teufel mit dem Belzebuben auszutreiben oder insofern Themenverfehlung zu treffen, indem man sagt, na also wir warnen vor einer Entwicklung, die durchaus Sorge bereitet und dann sagt er, ist eh kein Problem, weil das ist eh nur das, dann haben Sie leider Gottes ihre 20 Minuten in keiner Minute dazu genutzt, zu den Befürchtungen und Ängsten auch der Bevölkerung Stellung zu nehmen, wenn es darum geht, tatsächliche Moscheen und Minarette in Österreich zu haben.

Zwischenruf Bgm.-Stvin. Rücker: Wozu reden Sie dann? Zu Minaretten oder?

GR. **Grosz:** Schauen Sie, ich kriege ja eh schon die Schmerzenszulage durch die Frau Binder, wenn Sie noch weiterreden, erhöhe ich Ihre auch gleich mit dazu, weil das ist unerträglich, das ist ja Stereo, Schmerzbetreuung in Stereo. Ich sage Ihnen eines, selbstverständlich leben wir seit 1912 in Österreich die Religionsfreiheit und im übrigen auch festgelegt, nachdem Sie sie zitiert haben für Religionsgemeinschaften, die eine gewisse Zahl erreichen. Deswegen ist ja jetzt notwendig, dass die muslimische Glaubengemeinschaft sich in Österreich, das erste Mal im Übrigen, ordentlich durchzählt und sich zueinander bekennt, weil sie ja diesen rechtlichen Statuts, wie wir im Übrigen wissen, weil wir keine Ansprechpartner haben, weil wir keine einheitliche Gemeinschaft haben, ja nicht haben. Es bedingt ja auch, dass wir keine Ansprechpartner haben, weil wenn wir mit der katholischen Kirche ein Problem haben, dann gehen wir zum Bischof, gehen wir zum Superintendenten der Evangelischen, was auch immer. Das Problem des Islamismus und nicht des Islam, ich unterscheide ganz klar, sondern des Islamismus ist, dass er ja nicht steuerbar und auch nicht kontrollierbar ist...

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Wie beim BZÖ.

GR. **Grosz:** ...und über das, was Sie hier reden, ist ja das freundliche Gesicht, das anerkannte Gesicht und das schätzenswerte und das respektvolle Gesicht des Islams, aber über das, was ich rede, ist der Islamismus der uns bekannt ist, Frau Kollegin Gemeinderätin der SPÖ, durch Frauenverschleierung, durch Unterdrückung, durch Gewalt in der Familie, Frau Kollegin, durch Nichtanerkennen des Rechtsstaates, Nichtanerkennen der Zivilisation und schlussendlich, wissen Sie, was am schlimmsten ist? Das Nichtanerkennen der Menschenrechte. Der Islamismus in seiner Ausprägung, der die Menschenrechte Europas explizit ablehnt, weil er ja mit den Strafgeboten des Koran ja niemals in Einklang zu bringen ist, Frau Kollegin, das sollten Sie auch einmal hier sagen, und das ist die Angst. Es ist nicht das vierstöckige Einfamilienhaus, das uns der Bürgermeister heute als Moschee verkaufen will, das ist es nicht. Und ich bin heute auch hier herausgegangen, um

eben dieser Radikalisierung Einhalt zu gebieten, dass wir das ein- für allemal wegbekommen, nicht das vierstöckige Einfamilienhaus, sondern die Gefahr, dass durchaus politische Kräfte damit Politik machen, Drohung, dass es Moscheen und Minarette gibt. Und, Herr Bürgermeister, damit es auch thematisch recht gut zusammengepasst, auch zeitlich, dass Sie in den Zeitungen zitiert worden sind in der gleichen Woche, dass Sie den Religionsunterricht abschaffen wollen und ihn durch einen Ethikunterricht austauschen wollen, aber gleichzeitig auch die Moschee mit dem Minarett bauen wollen. Und gerade das ist ja das falsche Signal, gerade an eine Bevölkerung, die ausgelöst durch die Wirtschaftskrise, durch den Wandel der Gesellschaft ja tatsächlich sich in einer Werteorientierung befindet, auch in einer Wertesuche, wo man ihnen Basis, Fundament geben soll und wo man es ja nicht zulassen soll, dass Basis und Fundament auch in einer Gesellschaft, die so vielfältig ist, verschwunden ist. Und daher ersuche ich Sie noch einmal, um eben diese Diskussion nicht zu führen und auch nicht mit irgendwelchen Gutachten, die Sie sich von ihrer eigenen Bau- und Anlagenbehörde schreiben lassen, das kann ich auch von meinem Mitarbeiter lasse ich mir auch alles schreiben, aber er glaubt nicht immer dran, vielleicht diesem Antrag zuzustimmen, denn ich glaube, dass es wichtig ist, dass wir eben nicht Tür und Tor solchen Wortmeldungen wie der Frau Binder oder des Herrn Sippel wir Tür und Tor öffnen in einer Radikalisierung, die niemandem was bringt, von den Roten rede ich nimmer, weil sie nimmer existent sind in der Diskussion (*Applaus BZÖ*).

Die Dringlichkeit des FPÖ-Antrages wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Die Dringlichkeit des BZÖ-Antrages wurde mit Mehrheit abgelehnt.

8) Prüfung der Einführung von Wassertaxis auf der Mur

GR. **Schröck** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Schröck**: Sehr geehrte Damen und Herren! Zwei Dinge vorweg. Wir haben heute schon über ein gewisses Ungleichgewicht in der Zulassung von Antragstexten der Opposition und der Regierungsparteien gesprochen. Peinlich genug, dass Gemeinderätin Ennemoser heute einen Antrag an Stadtrat Riedler gestellt hat, der geschäftsordnungsgemäß ins Ressort vom eigenen Stadtrat Eiselsberg fällt und dieser Antrag aber dennoch und trotzdem angenommen wurde und die Frau Vizebürgermeisterin uns heute erklärt hat, dass die zuständigen Stellen im Magistrat selbstverständlich unabhängig agieren. Das ist zwar schön gesagt, Frau Bürgermeisterin, wo immer Sie auch hinverschunden sind, aber dann erklären Sie mir bitte, warum Kolleginnen und Kollegen der ÖVP schon am Vormittag wissen, welche Anträge zugelassen werden und welche nicht, bevor ich als Antragsteller selbst darüber informiert werde und erst fünf Minuten vor Beginn der Gemeinderatssitzung darüber informiert werde. Aber ich darf zum dringlichen Antrag kommen.

Zwischenruf GR. Mag. Frölich unverständlich.

GR. **Schröck**: Ja, genau, das ist Ihre Auffassung von Demokratie, Kollege Frölich, manche sind halt gleicher. Das ist schon einmal wichtig, dass man das da einmal ausspricht. Das können Sie aber dann einmal laut sagen, manche sind auch gleicher, das ist Ihre Auffassung, das ist traurig, peinlich und schändlich, was Sie gerade gesagt haben und der Bürgermeister verstrickt sich in Privatgespräche und sagt dazu nicht einmal was. Das ist Ihre Auffassung. Das ist unerhört und ich muss nicht nur von der Stadt leben, Kollege Frölich, ich habe nämlich einen anderen Beruf auch, nur dazu. Manche sind auch gleicher, Ihre Auffassung von Demokratie, und ich bin froh, dass hier alle und die Zuschauer das hören. Kommen wir zum Antrag.

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat, ich ersuche wirklich, persönliche Untergriffe in der Form zu unterlassen.

GR. **Schröck**: Dann bitte ich Sie, das auch Ihrem Kollegen einmal auszurichten (*Applaus BZÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Auch der Kollege Frölich hat einen Beruf ausgeführt, dass er jetzt bei der Stadt Graz ist...

GR. **Schröck**: Darum geht es aber nicht, in erster Linie geht es um eine undemokratische Äußerung.

Zwischenruf GR. Grosz: Er hat angefangen (zeigt auf Frölich), das hast du nicht gehört.

GR. **Schröck**: Herr Bürgermeister, ich bitte Sie nicht nur mich maßzuregeln, sondern das zu klären, was Ihr Kollege gesagt hat. Entschuldige, wenn jemand hier am Rednerpult steht und dann verlange ich doch bitte auch, dass man mir zuhört, aber wir können das dann gerne nachher besprechen. Auch Ihre präpotente Art nutzt Ihnen jetzt nichts mehr, gesagt haben Sie es.

Zwischenruf GR. Mag. Frölich: Unter weiter.

GR. **Schröck**: Nein, nicht und weiter. Ich komme zum Antrag. Die Mur formt und prägt unsere Stadt wie kaum ein anderer Fluss eine Stadt in Österreich prägt. Leider bleibt sie aber auch wie kein anderer Fluss in Österreich als Naherholungsgebiet, Touristenattraktion oder Verkehrsweg völlig ungenutzt. Während unter anderem die Städte Wien und Linz (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) ihre Flüsse umfassend für eben solche Zwecke brauchbar gemacht haben, wurden solche Möglichkeiten, nämlich die Mur attraktiver und anziehender zu gestalten, in Graz bis dato nicht realisiert.

Eine Initiative, die Mur sowohl als Verkehrsweg als auch für touristische Zwecke nutzbar zu machen, ist die Einführung sogenannter Wassertaxis, die eine ideale und schnelle Verbindung zwischen dem Grazer Norden und dem Grazer Süden bieten würden und nebenbei auch noch die Grazer Attraktionen, wie das Kunsthaus und die Murinsel, anfahren könnten. Daraus ergäbe sich nicht nur für Besucher unserer Stadt ein völlig neuer Blick auf Graz, auch die Grazerinnen und Grazer selbst könnten so ihre Stadt neu entdecken und erfahren.

Aber nicht nur der Tourismus, auch der öffentliche wie private oberirdische Verkehr könnte durch diesen neuen Verbindungsstrang auf der Mur und dessen Nutzung mittels Wassertaxis profitieren.

Verbindungen vom Grazer Norden mit Einstiegsmöglichkeiten, etwa am sogenannten Grazer Mur-Beach, über die Erzherzog-Johann-Brücke, unter der im Sommer auch der stark frequentierte "City-Beach" stattfindet, über den Augarten bis zum geplanten Staukraftwerk im Grazer Süden wären nicht nur die wahrscheinlich schnellste Verbindung, sondern auch eine weitere Entlastung für den städtischen Verkehr.

In diesem Zusammenhang stelle ich folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g

und leider nur den ersten Punkt, weil der zweite Punkt aus diesen vordergründigen und fadenscheinigen Gründen ja abgelehnt wurde.

Als Grundlage für die Umsetzung des obigen Vorschlags werden die zuständigen Stellen des Magistrates Graz beauftragt, die notwendigen rechtlichen und organisatorischen Schritte zur Errichtung von Zu- und Ausstiegstellen an den im Motivenbericht skizzierten Punkten zu erarbeiten und diese dem Gemeinderat zur Information und weiteren Beratung, respektive die Beschlussfassung, zu übermitteln (*Applaus BZÖ*).

GR. **Müller** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werter Herr Stadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem Gemeinderat! Der Antrag vom Kollegen Schröck ist ja sehr gut formuliert und die Zweckmäßigkeit könnte durchaus gegeben sein. Die Mur war ja immer beschiffbar und mit Floßen hat man natürlich auch Salz nach Graz gebracht, aber man muss festhalten, dass es für die Basis für etwaige zukünftige Modelle durchaus gegeben sein könnte, wenn die entsprechenden Staustufen in Graz vorhanden sind, um einen Schifffahrtbetrieb aufrecht zu erhalten beziehungsweise wieder einzuführen. Daher sehen wir von der ÖVP die Dringlichkeit nicht gegeben und können dieser auch nicht zustimmen (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Korschelt**: Werter Herr Bürgermeister! Mir kommt das ein bisschen vor, so wie in der großen Sandkiste da herinnen, die Jugend ist eh schon weg, oben sind eh nur mehr ein paar Altpolitfunktionäre, Kollege Schwarzl usw., der versteht das ja, nur wirklich mir kommt es so vor, jetzt nehme ich dir dein Schauferl weg und dem anderen gebe ich es. Der Kollege Schröck, meines Erachtens, hat einen relativ guten Vorschlag gemacht, die Dringlichkeit ist meines Erachtens auch gegeben, weil es kommt ja jetzt die Staustufe, es kommt der Sommer und jetzt geht natürlich sofort wieder jemand von der ÖVP raus und ärgert sich, dass ihm die Idee nicht gekommen ist und sofort wird das wieder ad acta gelegt. Dringlichkeit ist nicht gegeben, Vorschlag ist abzulehnen. Ich möchte nur auf das eingehen, was der Kollege Schröck auch gesagt hat, was uns ja heute auch betroffen hat, es gehört ja zu diesem dringlichen Antrag, deswegen erlaube ich mir, das auch anzubringen, es ist schon merkwürdig, dass immer, wenn von uns oder vom Kollegen Schröck ein

dringlicher Antrag gebracht wird, dann findet man immer irgendwo eine Organisationsreform, die den Magistrat betrifft und damit ist das Ganze schon weg. Auch die Frau Vizebürgermeisterin ist ja leider zurzeit nicht anwesend, aber auch ich kann ihr nicht folgen, wenn sie der Meinung ist, dass zuerst die Magistratsdirektion prüft die Anträge und dann werden sie eingebracht. Mein Demokratieverständnis ist hier etwas anders, weil meines Erachtens steht immer noch der Politiker über den Beamten und nicht umgekehrt (*Applaus FPÖ*). Wir werden das nicht akzeptieren, dass Beamte, die immerhin von uns bestellt werden, dass Beamte darüber entscheiden, ob hier Anträge hereingebracht werden oder nicht. Das werden wir sicher nicht akzeptieren und werden das auch zum Anlass nehmen, dem Herrn Magistratsdirektor, der zurzeit, ist auch nicht da, aber den Herrn Magistratsdirektor einmal um ein Gespräch bitten, um mit ihm einmal darüber zu diskutieren, welche Art überhaupt von Anträgen hier einzubringen sind. Wir werden, um jetzt zum Ende zu kommen, wir werden der Dringlichkeit und dem Inhalt des Antrages von Kollegen Schröck zustimmen, da wir glauben, dass das ein sehr guter Antrag ist, weil wir das auch aus vielen Gesprächen von Bürgern immer wissen, dass es immer eine Parallelität zwischen Bürgern und Wasser gibt, dass der Bürger sehr gerne Wasserräume aufsucht und es hier eine Möglichkeit ist, auch diese Mur, die ja teilweise nicht gerade sehr schön ist, wenn man sich das da beim Gericht anschaut, diese Mur wieder im wahrsten Sinne des Wortes schiffbar zu machen, deshalb sowohl vom Antrag her und von der Dringlichkeit her die Zustimmung der freiheitlichen Partei (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Her Gemeinderat Korschelt! Auf einen Punkt möchte ich unbedingt eingehen und das ist mir wichtig. Wenn Gemeinderatsmitglieder die Geschäftsordnung, die Statuten und die Spielregeln, die wir uns hier mehrheitlich selbst gegeben haben, nicht einhalten, hat der Bürgermeister zu prüfen, ob dieser Antrag oder Antragspunkte zulässig sind oder nicht. Ich bediene mich, damit ich auch möglichst eine Objektivität sicherstellen kann, des Herrn Magistratsdirektors, der Magistratsdirektion und der Frau Dr. Zwanzger. Wir haben da zwei Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die es sich auch hier nicht verdienen, quasi in der Form behandelt zu werden, dass man daran zweifelt, dass sie sich bestmöglich abmühen, uns immer

wieder Nachhilfeunterricht zu geben, dass wir die Spielregeln einhalten, die wir uns selber gegeben haben.

Zwischenruf unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Nein, wir bemühen uns bestmöglich, wir können über das auch jederzeit gerne debattieren, aber ich kann es nicht zulassen, dass man das gleich ablehnt (*Applaus ÖVP*). Jetzt versuchen wir, möglichst objektiv zu klären und ich habe mit dem Herrn Magistratsdirektor auch ausgemacht, dass jetzt so eine Präsidiale einmal eingeladen wird, wo alle Klubobleute einmal auch mit der Magistratsdirektion und mit mir zu einem Gespräch kommen, dass wir diese Punkte auch wirklich einmal abklären, aber jetzt diese quasi Pauschalverurteilung, hier agiert jemand, den wir bestellt haben und man lässt es nicht zu. Noch einmal, ich habe es auch zu beurteilen und letzten Endes habe ich zu entscheiden hier als Vorsitzender, ob ein Antrag dem Auftrag des Gemeinderates entsprechend vorbereitet ist oder nicht und wenn nicht, darf ich ihn nicht zulassen. So war es, so wird es bleiben, aber ich spreche gerne einmal drüber, weil noch immer sehr viele Missverständnisse bei den Antragsformulierungen da sind und noch immer viele versuchen, durch, ich sage einmal, sehr komplizierte Konstruktionen versuchen, das eine oder andere auch wieder hier hereinzubringen (*Applaus ÖVP*).

GR. **Herper**: Die SPÖ wird der Dringlichkeit des Antrages zustimmen und auch dem Inhalt. Danke.

GRin. Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Gäste, sehr geehrter Herr Gemeinderat Schröck! Ich habe mir sagen

lassen, dass es in diesem Gemeinderat schon einige Anträge gegeben hat zu Wassertaxis in den vorhergehenden Perioden. Das ist jetzt der erste Antrag für ein Wassertaxi auf der Mur in dieser Periode und Sie haben da einen neuen Aspekt eingebracht, Sie wollen nämlich offensichtlich eine Staustufe bauen, um ein Wassertaxi einzuführen, so verstehe ich Ihren Antrag. Das heißt, da können wir gleich einmal als Position 87 Millionen Euro reinnehmen in die Wirtschaftlichkeitsrechnung. Ich sage Ihnen, Sie können froh sein, dass der zweite Punkt gestrichen wurde, weil wie diese Wirtschaftlichkeitsrechnung, in der jetzt schon 87 Millionen Euro drinnen stehen, aussehen würde, das können wir uns alle ausrechnen. Im Zusammenhang mit der Mur brauchen die GrazerInnen sehr vieles, die Kinder in der Schönausiedlung brauchen dringend die Erhaltung ihrer naturnahen Spielräume an der Mur statt einem Betonghetto. Die Grazerinnen und Grazer brauchen dringend ihr grünes Band, das durch die Stadt fließt, und die Grazerinnen und Grazer brauchen dringend die fließende Mur als Frischluftmühle. Was sie sicher nicht dringend brauchen, sind Planungen für ein Wassertaxi, daher werden die Grünen die Dringlichkeit des Antrages ablehnen.

GR. **Schröck**: Liebe Gemeinderätin von den Grünen! Schwerer Interpretationsfehler, ich will die Mur nicht umleiten und aus Graz raus haben, tut mir leid, dazu ist nichts Weiteres zu sagen. Nun, es hat sich leider schon im letzten Gemeinderat abgezeichnet, als es um die Dringlichkeit der Gastgartenfrage am Hauptplatz ging, dass die ÖVP ganz offensichtlich ein Problem damit hat, jungen innovativen Ideen nicht zustimmen zu können, obwohl sie dem Stadtbild dienen, den Tourismus ankurbeln, Graz einfach lebenswerter machen, wenn die halt nicht aus der ÖVP selbst kommt. Sie suchen vielmehr tausend Gründe, warum was nicht geht, als dass sie die Energie dafür verwenden, Graz attraktiver, schöner zu machen, sie schauen drauf, dass die Graz im Stillstand versumpft, bitteschön, aber das ist nicht nur kleinlich und traurig, das ist auch insofern durchsichtig, als dass sie nämlich manch lächerlichen Spätfaschingsantrag hier, wie den letzten vom Kollegen Schneider, als es um öffentliche Grillplätze ging, sehr wohl die Dringlichkeit zuerkannt haben, aber das ist ihre Sache. Und, Herr Bürgermeister, wenn Sie vorher, als ich die Einführung zu diesem Antrag gemacht habe, nur mit einem halben Ohr, wenn überhaupt

zugehört haben und dann aber in einem natürlichen Reflex mich sofort abmahnen, wenn es darum geht, dass ich Ihrem Lieblingsschüler Gemeinderat Frölich hier widerspreche in seiner demokratischen Auffassung, möchte ich Sie auch dringendst bitten, dass Sie nach dieser Gemeinderatssitzung, wenn Sie die Zeit im Klub finden, einen Diskurs mit ihm über sein Demokratieverständnis starten. Danke (*Applaus BZÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.